



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 10

Oktober 1971

Editorial

S. 2

Dr. Siegfried Schwarz:

Direkte militärische Aggressionen des Imperialismus seit 1945

S. 3 - 5

Dr. Eberhard Czaya:

X Zur Wirtschaftslage der Entwicklungsländer

S. 6 - 9

Südafrika

R. Molteno: Afrika und Südafrika (2. Teil)

S. 10 - 15

Analyse von Zeugenaussagen

S. 15 - 19

Türkei

Yakub Demir: Die Bürde der Abhängigkeit vom Imperialismus

S. 19 - 24

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Hiltraud Bredthauer-Geißel, Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L., Liebigstraße 46 (Telefon 06421/24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

EDITORIAL

"Der Zusammenbruch des Kolonialsystems hat die Positionen des Imperialismus entscheidend geschwächt. Im letzten Jahrzehnt ist die Rolle der antiimperialistischen Bewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im revolutionären Weltprozeß weiter gewachsen."

Die Herausgeber des "Antiimperialistischen Informationsbulletins" teilen diese Einschätzung der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 in Moskau ebenso wie die Bestimmung der Hauptkräfte im antiimperialistischen Kampf:

"Im Kampf gegen den Imperialismus vereinigen sich drei mächtige Kräfte der Gegenwart: das sozialistische Weltsystem, die internationale Arbeiterklasse und die nationale Befreiungsbewegung." Diese drei Hauptkräfte haben trotz aller Schwierigkeiten das Kräfteverhältnis zunehmend zu ihren Gunsten verändern können und immer bessere Bedingungen für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker und Klassen geschaffen.

Der Imperialismus ist zwar außerstande, seine verlorene historische Initiative wiederzuerlangen, hat aber keineswegs an Gefährlichkeit verloren. Mit der Verschärfung seiner inneren Krisenhaftigkeit und des im Weltmaßstab bestehenden Grundwiderspruchs zwischen Imperialismus und Sozialismus geht gegenwärtig eine wachsende Aggressivität der imperialistischen Politik einher. Besonders deutlich manifestiert sich dies in der direkten Aggression der US-Imperialisten und ihrer Verbündeten gegen die nationalen Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

In dieser Situation soll das "Antiimperialistische Informationsbulletin" vor allem folgende Aufgaben wahrnehmen:

- den Kampf der antiimperialistischen Bewegungen der drei Kontinente in deren Selbstdarstellung dokumentieren;
- den verbrecherischen und klassenbedingten Charakter imperialistischer Politik - insbesondere der USA und der BRD - aufdecken;
- diesen Kampf als Teil des gemeinsamen Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte ins allgemeine Bewußtsein rücken;
- die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen verstärken helfen, um damit auch einen Beitrag zum Kampf gegen die eigene herrschende Klasse zu leisten.

BESTELLUNGEN

für das

"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto

für 12 " 15,-- DM einschließlich Porto

Einzelpreis : 1,50 DM

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"

p.A. Barbara Schilling

355 Marburg/Lahn

Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchkto. Nr. 312 093,

PSchA Frankfurt/Main, Barbara Schilling,

Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Das Antiimperialistische
Informationsbulletin 11/71

bringt u.a.:

Indochina

Dokumente der Osloer Konferenz
über die Kriegsverbrechen der USA
in Indochina

Laos

Deklaration zum Unabhängigkeitstag

Chile

1 Jahr Regierung Salvador Allende

Weltwirtschaft

Bericht der Weltbank über die Ver-
schuldung der Entwicklungsländer

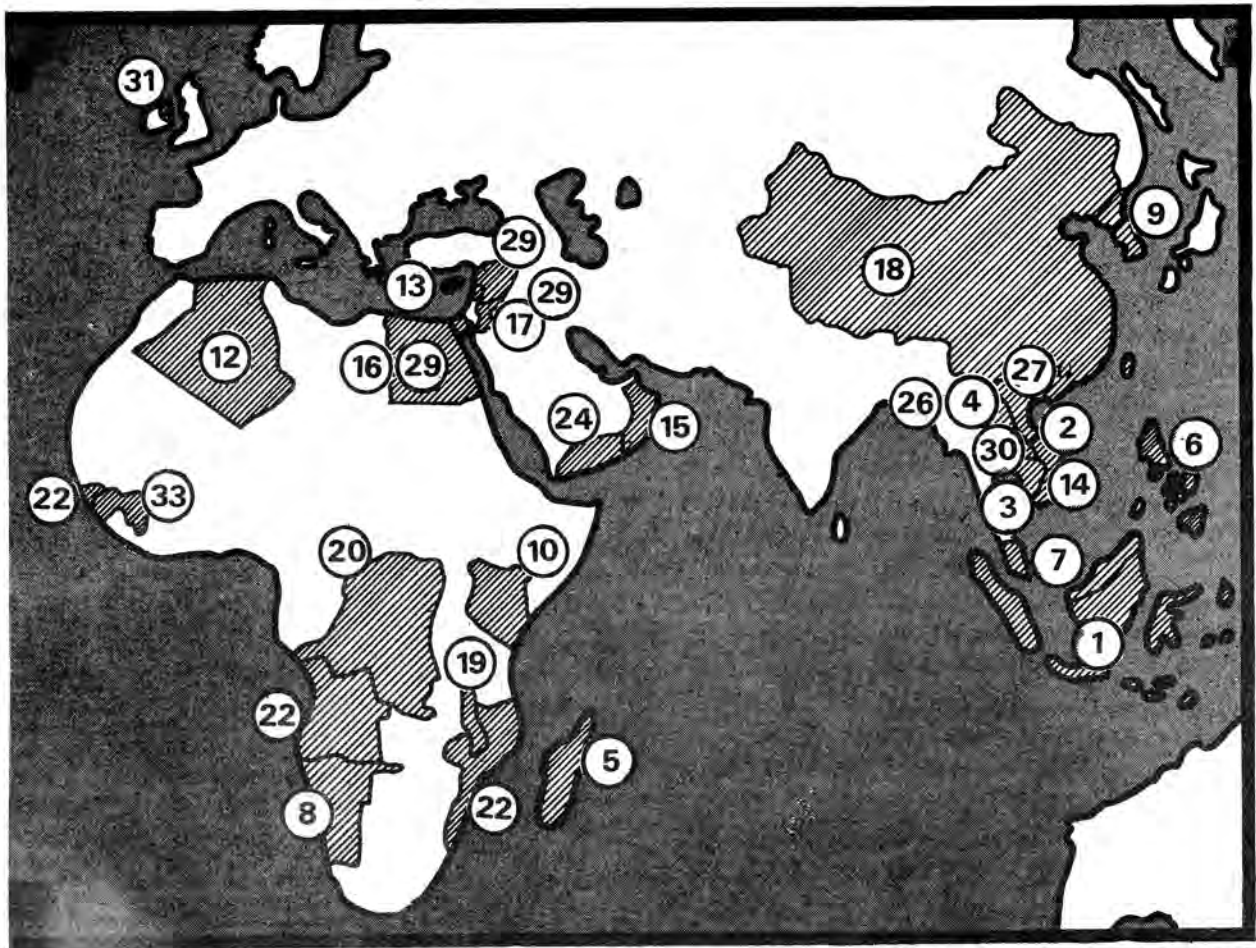
Auswirkungen der Weltwährungskrise
auf die Entwicklungsländer

Mitteilung der Redaktion:

Seit 1. September 1971 ist Karl Unger, Marburg, aus der Redaktion des AIB und dem AAK ausgeschieden.

Er ist weiterhin als freier Mitarbeiter tätig.

Redaktionsschluß für diese Nummer: 3.10.1971



DR. SIEGFRIED SCHWARZ:
 DIREKTE MILITÄRISCHE AGGRESSIONEN
 DES IMPERIALISMUS SEIT 1945

Die imperialistischen Regierungen, vor allem die Regierung der USA, haben seit 1945 zahlreiche Kriege und Konflikte entfesselt, um den Vormarsch der Kräfte der nationalen Befreiung, der Demokratie und des Sozialismus aufzuhalten oder zurückzudrängen. Da die sozialistischen Staaten, insbesondere die Mitgliedländer des Warschauer Vertrages mit der Sowjetunion als Zentrum, über gewaltige Machtmittel zur Abwehr solcher Aggressionen und zur Vernichtung ihrer Urheber verfügen, richteten sich die meisten direkten militärischen Anschläge seit 1945 gegen die Unabhängigkeit und Souveränität der jungen Nationalstaaten, gegen die nationale Befreiungsbewegung in allen Teilen der Welt und gegen die fortschrittlichsten Träger dieser Bewegung.

Die nachfolgende Zusammenstellung enthält nur die direkten militärischen Aggressionen, nicht die zahllosen politisch-diplomatischen Erpressungsmanöver, die ökonomischen und ideologischen Aggressionen des Imperialismus gegen die sozialistischen Staaten und gegen andere fortschrittliche Regimes oder Bewegungen seit 1945 sowie solche indirekten Aggressionen wie z. B. im Ostteil Nigerias oder im Südsudan, wo imperialistische Interessen hinter separatistischen Revolten stehen.

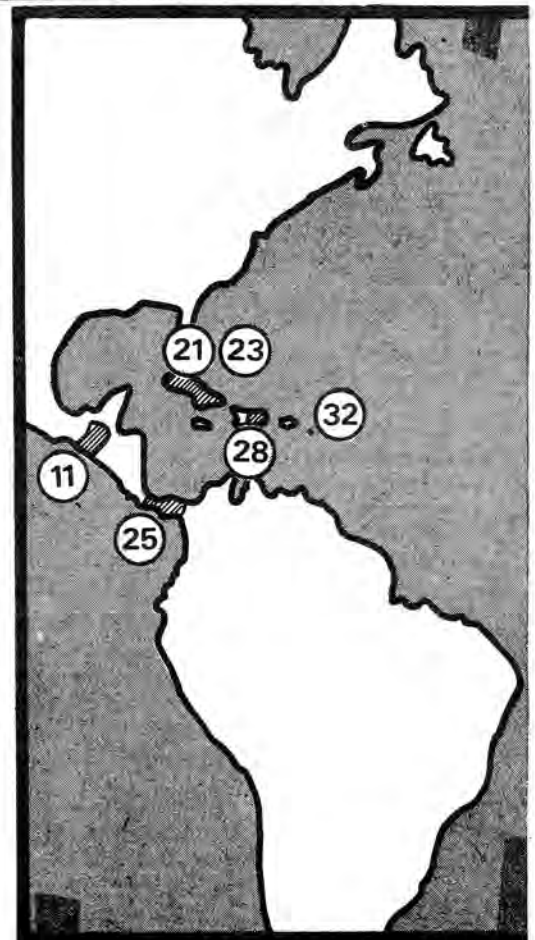
(1) 1945–1949: Indonesien

Die niederländische Kolonialmacht versucht – bis zum Winter 1945/46 im Bündnis mit britischen Truppen – und mit Unterstützung der USA mehrmals die nationale Befreiungsbewegung in Indonesien durch militärische Gewalt zu liquidieren und die am 17. 8. 1945 proklamierte unabhängige Republik Indonesien zu rekolonialisieren. Am 7. 5. 1949 muß Holland im Haager Abkommen die Unabhängigkeit Indonesiens anerkennen. Die Indonische Nationalarmee (T.N.I.) hatte das Land erfolgreich gegen den militärisch überlegenen Aggressor verteidigen können.

(2) 1945–1954: Vietnam

Am 23. 9. 1945 beginnen französische Truppen den bewaffneten Kampf gegen die am letzten Tag des zweiten Weltkrieges, dem 2. 9. 1945, proklamierte Demokratische Republik Vietnam. Bis zum Jahre 1945 bildeten Vietnam, Kambodscha und Laos die französische Kolonie Indochina.

Am 6. 3. 1946 müssen die französischen Aggressoren in Hanoi die Souveränität der DRV vertraglich anerkennen. Dieses Abkommen brechen sie am 19. 12. 1946 und nehmen die Feindseligkeiten wieder auf. In der historischen Schlacht bei Dien Bien Phu vom Winter 1953 bis Mai 1954 werden die französischen Eindringlinge voll-



ständig besiegt. Frankreich muß schließlich die im Genfer Abkommen (1954) garantierte Unabhängigkeit der DRV anerkennen. Am 6. 7. 1956 schlägt die Regierung Ho Chi Minh den Behörden Südvietnams vor, normale Beziehungen zwischen beiden Teilen Vietnams herzustellen und eine Konsultativkonferenz vorzubereiten mit dem Ziel, das Land auf der Grundlage des Genfer Abkommens wiederzuvereinigen. Die reaktionären Kräfte in Südvietnam ignorieren in Übereinstimmung mit den USA diese realistische Politik.

(3) 1945–1954: Kambodscha

Nachdem 1945 in ganz Indochina die anti-imperialistische Bewegung gesiegt hat, wird in Kambodscha von König Norodom Sihanouk die Unabhängigkeit ausgerufen. Im Oktober des Jahres besetzen französische Truppen kambodschanisches Territorium, um die Kolonialherrschaft zu restaurieren. Auf Grund des Widerstandes des Khmer-Volkes sieht sich Paris gezwungen, dem Unabhängigkeitsverlangen am 8. 11. 1949 erste Zugeständnisse zu machen. Seine volle Souveränität erlangt Kambodscha am 9. 11. 1953.

(4) 1945–1954: Laos

Am 12. 10. 1945 verkünden die patriotischen Kräfte die Unabhängigkeit des Staates Laos. Im März 1946 beginnt die bewaffnete Intervention Frankreichs zur Restauration der kolonialen Verhältnisse. Der Kolonialkrieg endet im Juli 1954 mit der Unterzeichnung des Genfer Indochina-Abkommens.

(5) 1947: Madagaskar

Aufstände der Bevölkerung gegen die französische Fremdherrschaft wurden blutig niedergeschlagen. 2000 Madagassen fallen dem Gemetzel zum Opfer.

(6) 1948–1951: Philippinen

Die USA unterdrücken mit militärischer Gewalt die Arbeiter- und Bauernbewegung auf den Philippinen. Das führt zur Wiederherstellung der amerikanischen Kontrolle über das Inselreich und zur Konsolidierung eines USA-hörigen Regimes, das unter Mißachtung der nationalen Interessen des Landes 1954 dem aggressiven SEATO-Pakt beiträgt.

(7) 1948–1954: Malaya

Der britische Imperialismus führt einen Kolonialkrieg gegen die Volksbefreiungsarmee in Malaya. Der nationale Widerstandskampf gegen die japanische Okkupation hatte 1945 zur Befreiung des Landes und zur Schaffung von Organen der Volksmacht geführt. Eine britische Aggression richtet sich gegen diese Ansätze einer unabhängigen, demokratischen Entwicklung und erneuert die Bindung des rohstoffreichen Landes an die britische Kolonialmacht.

(8) 1949: Namibia

1949 wird Namibia (Südwestafrika) von der Südafrikanischen Union annektiert, um

die ehemalige deutsche Kolonie dem Einfluß der UNO zu entziehen. Die „Berechtigung“ leitete die südafrikanische Regierung von einer „Volksabstimmung“ ab, an der nur Europäer teilnehmen durften.

(9) 1950–1953: KVDR.

Am 25. 6. 1950 beginnen der USA-Imperialismus und die ihm hörige südkoreanische Verwaltung unter Li Sing Man eine bewaffnete Intervention gegen die Koreanische Volksdemokratische Republik. Ihr Ziel sind die Vernichtung der fortschrittlichen sozialen Errungenschaften in der KVDR und die Ausweitung der Aggression gegen die Volksrepublik China. Die USA-Truppen setzen u. a. auch Napalmbomben, chemische und bakteriologische Kampfmittel ein. Das koreanische Volk und seine Armee bringen den Aggressoren schwere Niederlagen bei. Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit und nach langwierigen Verhandlungen wird am 27. 7. 1953 in Panmunjom ein Waffenstillstand abgeschlossen. Die militärische Unterdrückung der Bevölkerung in Südkorea durch USA-Militäreinheiten dauert an.

(10) 1952–1957: Kenia

Der britische Imperialismus unterdrückt mit militärischen Mitteln die Unabhängigkeitsbewegung von Kenia. Kenyatta und andere Führer der Befreiungsbewegung werden verhaftet und zu hohen Kerkerstrafen verurteilt. Die britischen Kolonialisten verschleppen aktive Kämpfer der Bewegung in Konzentrationslager. 1962 siegt die Unabhängigkeitsbewegung und bildet eine Zentralregierung unter Führung von Präsident Kenyatta.

(11) 1954: Guatemala

Die USA inszenieren eine offene militärische Intervention gegen die Republik Guatemala. Dort hatte eine demokratische Volksbewegung unter aktiver Teilnahme der 1949 gegründeten Partei der Arbeit Maßnahmen gegen die Privilegien der Großgrundbesitzer, der Kirche und der USA-Monopole eingeleitet. Anlaß zur militärischen Intervention der USA wird die Durchführung einer Agrarreform, die den Grundbesitz der United Fruit Company zu drei Vierteln enteignet. Mit Hilfe der USA werden die sozialen und politischen Errungenschaften der Revolution beseitigt und die demokratischen Kräfte verfolgt.

(12) 1954–1962: Algerien

Der französische Imperialismus führt einen grausamen Kolonialkrieg gegen die Nationale Befreiungsfront (Front de Libération Nationale, FLN) und gegen die Nationale Befreiungsarmee (Armée de Libération Nationale, ALN) in Algerien. Die französische Regierung entsendet über 500 000 Soldaten nach Algerien und verbindet die militärischen Operationen mit blutigem Terror (Einrichtung von Konzentrationslagern, Folterung von Gefangenen). Wichtigstes Ziel ist die Sicherung der französischen Erdölinteressen in der Sahara. Der Freiheitskampf des Volkes endet mit der Erringung der Unabhängigkeit Algeriens

im Jahre 1962.

(13) 1955–1959: Zypern

Der britische Imperialismus führt einen brutalen Unterdrückungskrieg gegen die Freiheitsbewegung auf Zypern. Die strategische Bedeutung der Insel im östlichen Mittelmeer geht u. a. daraus hervor, daß Zypern im Jahre 1956 den britischen und französischen Streitkräften als Ausgangsbasis für ihre Aggression gegen die VAR diente. Im Ergebnis des Volkskampfes wird der nationale Führer, Erzbischof Makarios, 1957 aus der Verbannung auf den Seychellen befreit. Im Februar 1959 muß London in die Proklamation der Republik Zypern einwilligen.

(14) Seit 1955: Südvietnam

Der USA-Imperialismus führt einen beispiellos grausamen Vernichtungskrieg gegen die nationale Befreiungsbewegung, die spätere Nationale Befreiungsfront und gegen die Bevölkerung in Südvietnam. Das Ziel der USA sind die Stützung eines volksfeindlichen korrupten Marionetten-Regimes und der Ausbau Südvietnams zu einer großen strategischen Basis für Aggressionen und Infiltrationen gegen andere Länder in Südostasien. Trotz großer militärischer und finanzieller Aufwendungen der USA sind die patriotischen Kräfte im Vormarsch und kontrollieren heute bereits vier Fünftel des Landes.

(15) Seit 1955: Oman

Als Wahrer britischer Erdölinteressen (vor allem auch vor der USA-Konkurrenz) besetzt Sultan Said Ibn Taimur von Maskat im Auftrag Englands mit seinen Truppen, die von britischen Offizieren befehligt wurden, das Imamats Oman mit der Hauptstadt Nazwa.

(16) 1956: Ägypten

Israel beginnt eine offene Aggression gegen Ägypten. Seine Truppen dringen durch die Halbinsel Sinai auf den Suez-Kanal vor. Israel liefert damit Großbritannien und Frankreich den verabredeten Vorwand, ihre Truppen zum „Schutz der freien Schifffahrt im Suez-Kanal“ auf ägyptischem Territorium zu landen. Die britisch-französische Luftwaffe bombardiert Kairo, Alexandria, Port Said. Ihr Ziel ist die Beherrschung des Suez-Kanals, der im Juli 1956 von Präsident Nasser nationalisiert worden war, sowie die Beseitigung der progressiven Staatsmacht in Kairo. Die dringende Warnung der Regierung der UdSSR erzwingt zusammen mit dem Widerstand der Aggressionsoffer die Einstellung der Kriegshandlungen und den Rückzug der Aggressoren.

(17) 1958: Libanon und Jordanien

Die USA und England starten eine bewaffnete Intervention in Libanon und Jordanien. Ihr Ziel ist die Konsolidierung bzw. Restauration reaktionärer Regime und ein erpresserischer Druck auf die neue revo-

lutionäre Staatsmacht im Irak. Auf Grund von Protesten der sozialistischen und der arabischen Staaten müssen die Aggressoren im Oktober 1958 beide Länder verlassen.

(18) 1958: VR China

Die USA unternehmen bewaffnete Provokationen gegen die Volksrepublik China in der StraÙe von Taiwan. Trotz eines Militärbündnisses zwischen den USA und der Tschiang-Kai-schek-Clique auf Taiwan kommt es jedoch nicht zu der angedrohten direkten Invasion auf dem Festland der Volksrepublik China.

(19) 1959: Njassaland (Malawi)

Schon seit 1890/91 ist Malawi unter der Bezeichnung Njassaland britisches Protektorat. Im Ergebnis des von der britischen Kolonialmacht vergeblich unterdrückten Volkskampfes, der 1959 begann, erreicht Malawi 1964 seine Unabhängigkeit.

(20) 1960–1962: Kongo (K.)

Belgien beginnt mit der militärischen Intervention in seiner ehemaligen Kolonie, dem Kongo, zur Sicherung der Interessen der belgischen Monopole. Die progressive Regierung Lumumba erbittet die Hilfe der UNO. Die zumeist von Offizieren kapitalistischer Länder befehligten UNO-Truppen setzen sich ungenügend für die Interessen der rechtmäßigen Regierung ein und unterstützen offen oder geheim kongolesische Separatisten und Putschisten. In der Folgezeit werden Lumumba und andere Führer der nationalen Befreiungsbewegung ermordet.

(21) 1961: Kuba

Konterrevolutionäre Exilkubaner fallen mit Unterstützung der USA-Regierung in die Republik Kuba ein (Landung in der „Schweinebucht“). Ihr Ziel ist der Sturz der Regierung Fidel Castro, die Vernichtung der progressiven Ordnung und die Unterwerfung Kubas unter die Vorherrschaft des USA-Imperialismus. Die USA-Regierung fürchtet das sozialistische Kuba „vor der Haustür der USA“ als Beispiel für den Befreiungskampf der anderen lateinamerikanischen Völker. Die Invasion wird von der kubanischen Armee abgewehrt, die Aggressoren werden zerschlagen.

(22) Seit 1961: Angola, Mozambique, Guinea-Bissau

Das faschistische Regime in Portugal führt einen blutigen Unterdrückungskrieg gegen die Befreiungsbewegungen in Angola, Mozambique und Guinea-Bissau. Das Ziel ist die Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft in Angola und in den anderen Gebieten sowie die Ausplünderung der Länder (Mangan, Diamanten, Kupfer, Gold u. a.). Die bewaffnete Befreiungsbewegung kämpft unter schwierigen Bedingungen. Sie genießt die Solidarität der meisten afrikanischen Staaten und der fortschrittlichen Kräfte in der ganzen Welt.

(23) 1962: Kuba

Der USA-Imperialismus errichtet eine militärische Blockade gegen die Republik Kuba. Sein Ziel ist die Brechung des Abwehrwillens des kubanischen Volkes und der Sturz der Regierung Fidel Castro. Es kommt zur „Krise im karibischen Raum“, die den Weltfrieden bedroht. Infolge der konsequenten und solidarischen Haltung der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten muß sich die USA-Regierung verpflichten, die militärische Blockade gegen Kuba aufzuheben und die Souveränität Kubas zu achten. Die akute Bedrohung des Weltfriedens wird abgewendet.

(24) 1963: Südjemen (Aden)

Im Jahre 1963 erhält die antiimperialistische Befreiungsbewegung in der ehemaligen britischen Kolonie Aden einen neuen Auftrieb. Britische „Strafexpeditionen“ können den Widerstand nicht brechen. Im November 1967 muß London dem Abzug seiner Truppen zustimmen. Am 30. November 1967 wird die Volksrepublik Südjemen ausgerufen.

(25) 1964: Panama

Im Januar 1964 richten USA-Truppen ein Blutbad unter demonstrierenden Studenten an. Eine breite Volksbewegung fordert die Nationalisierung der Kanalzone.

(26) Seit 1964: Laos

Im Mai beginnen die USA mit sogenannten Erkundungsflügen über den befreiten Gebieten des Landes. Seit Juni 1964 bombardieren sie Städte und Dörfer nachdem ihre indirekten Interventionen nicht zum Ziele geführt haben.

(27) Seit 1965: DRV

Der USA-Imperialismus führt einen terroristischen Luftkrieg gegen die Demokratische Republik Vietnam. Seine Ziele sind die Brechung des Widerstandswillens der Bevölkerung, die Zerstörung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und die Einverleibung der DRV in die amerikanische Halbkolonie Südvietnam. Die Bevölkerung und die Armee der DRV widerstehen dem Bombenterror mit beispielhaftem Heldennut. Aufgrund der Proteste der Weltöffentlichkeit muß die USA-Regierung am 1. April 1968 den Luftkrieg gegen die DRV in der bisherigen Form aufgeben, unternimmt aber noch immer einzelne Luftangriffe gegen das Land.

(28) 1965: Dominikanische Republik

USA-Truppen fallen in die Dominikanische Republik ein, um die durch freie Wahlen an die Macht gelangte fortschrittliche Regierung zu stürzen. Die amerikanische Regierung unter Lyndon B. Johnson fürchtet die Entstehung eines „zweiten Kubas“. Nachdem eine USA-hörige Regierung an die Macht gebracht worden ist, ziehen die USA ihre Interventionstruppen zurück.

(29) 1967: VAR, Syrien, Jordanien, Libanon

Israel überfällt mit moralischer und finanzieller Unterstützung der USA, der BRD und Großbritanniens die arabischen Staaten VAR, Syrien und Jordanien. Das Ziel der Aggressoren ist es, die Positionen des Imperialismus in diesem erdölreichsten und strategisch wichtigen, am Schnittpunkt dreier Kontinente und an der Südflanke der Sowjetunion gelegenen Gebiet, gegen die Nationale Befreiungsbewegung der arabischen Völker zu behaupten und auszubauen und die progressiven Regimes in der VAR und Syrien zu liquidieren. Die israelischen Truppen okkupieren große Territorien der arabischen Staaten und halten sie trotz der Proteste der Weltöffentlichkeit und entgegen der Resolution der UNO vom 22. November 1967, in der die Räumung der besetzten Gebiete verlangt wird, bis heute besetzt. In der Folge kommt es auch zu militärischen Übergriffen Israels auf das Gebiet Libanons.

(30) Seit 1969: Kambodscha, Laos

Der USA-Imperialismus weitet seine Aggression in Indochina durch Einfälle nun auch seiner Landstreitkräfte auf Kambodscha (1969/70) und auf Laos (1971) aus. Seine Ziele sind die Vernichtung der patriotischen Bewegungen in beiden Ländern und die Errichtung seiner Vorherrschaft über ganz Indochina. Die Volksbefreiungskräfte beider Länder fügen den USA-Interventen schwere Niederlagen zu und zwingen sie zum teilweisen Rückzug.

(31) Seit 1969: Nordirland

Britische Soldaten werden nach Nordirland verlegt, um die katholische irische Bürgerrechtsbewegung mit Waffengewalt zu liquidieren. Die Zahl der britischen Soldaten beträgt gegenwärtig etwa 11 000 Mann.

(32) 1969: Anquilla

Anfang 1969 landet eine britische Fallschirmjägerinheit auf der im Karibischen Meer gelegenen Insel Anquilla. Die Interventionen überraschen die 6000 Einwohner im Schlaf. London hatte die Aggression veranlaßt, nachdem britische Kolonialbeamte von der Insel gejagt worden waren.

(33) 1970: Guinea

Das faschistische Regime Portugal überfällt mittels gedungener Söldnerbanden und mit materieller Unterstützung der USA und der BRD die Republik Guinea. Das Ziel ist der Sturz der fortschrittlichen Regierung Sékou Toure und die Beseitigung der politischen und sozialen Errungenschaften des Landes. Die Streitkräfte der Republik Guinea schlugen die Interventionen zurück.

(Quelle: Horizont, Nr. 38, 1971)

ZUR WIRTSCHAFTLICHEN LAGE
DER ENTWICKLUNGSLÄNDER

Mit Jahresbeginn 1971 sind die Entwicklungsländer in die von der UNO proklamierte sogenannte Zweite Entwicklungsddekade eingetreten. Nach den letzten überschaubaren Tendenzen ergibt sich eine Ausgangsposition voller Widersprüche. Fortschritte auf grundlegenden Gebieten reichen nicht aus, um den industriell entwickelten Staaten wirtschaftlich näher zu kommen. Die verstärkte Orientierung der Außenwirtschaftsbeziehungen auf die Länder des Imperialismus führt zu wachsender Ausplünderung durch das internationale Finanzkapital und gibt dem Neokolonialismus neue Ansatzpunkte. Die von den 127 Mitgliedsländern der UNO auf ihrer Jubiläumssitzung zum 25jährigen Bestehen der Weltorganisation beschlossene „Strategie“ für die Zweite Entwicklungsddekade versucht zwar, die verschiedenen, das Wirtschaftswachstum beeinflussenden Faktoren zu systematisieren und auch bestimmte Empfehlungen zu geben, da sie jedoch ein Kompromiß zwischen sehr unterschiedlichen Kräftegruppierungen darstellt, vermag sie bestenfalls die Bedingungen zu verbessern, unter denen die Entwicklungsländer ihren Kampf um wirtschaftliche Unabhängigkeit führen können.

Die letzten verfügbaren Indikatoren über die Wirtschaftstendenzen der Entwicklungsländer zeigen auf den ersten Blick ein relativ günstiges Bild. Die Zuwachsraten des wirtschaftlichen Gesamtprodukts erreichte im Jahre 1969 mit 6,7 Prozent absolut und 4,1 Prozent pro Kopf einen Höchststand. Der vor allem durch empfindliche Mißernten 1965/66 verursachte Tiefpunkt ist Schritt für Schritt überwunden worden. Allerdings werden von dieser generalisierenden Hauptkennziffer zwei weitere Tendenzen verdeckt. Einmal war die wirtschaftliche Bewegung in den einzelnen Regionen unterschiedlich. Afrika, der am schwächsten entwickelte Kontinent, schnitt mit einem Zuwachs des Bruttoinlandproduktes von nur 1,7 Prozent pro Kopf besonders schlecht ab, während die Entwicklungsländer Süd-, Südost- und Ostasiens über dem Durchschnitt lagen. Zum anderen sind die verwendeten Angaben der Weltbank auf der Grundlage laufender Preise berechnet. Die Geldentwertung im Kapitalismus hat sich aber beschleunigt — man schätzt für 1969 die Zunahme des durchschnittlichen Preisniveaus auf 3 Prozent. Daraus folgt, daß das wirtschaftliche Gesamtprodukt der Entwicklungsländer insgesamt 1969 nur um 3,5 bis 4 Prozent absolut und pro Kopf gar nur um wenig mehr als ein Prozent gestiegen ist. Es ist demnach irreführend, wenn die Weltbank in ihrem jüngsten Geschäftsbericht schreibt, die Entwicklungsländer seien im Vergleich zu den kapitalistischen Industriestaaten „besser gefahren“. Die von ihr selbst veröffentlichten Daten widerlegen diese Behauptung. Das Wachstum des Bruttoinlandproduktes der kapitalistischen Industriestaaten lag zwar mit 5,4 und 4,9 Prozent 1968 und 1969 unter dem der

Entwicklungsländer; auch ist es zutreffend, daß die Wachstumsraten in den beiden Ländergruppen eine entgegengesetzte Tendenz zeigten: steigend in den Entwicklungsländern und sinkend in den Industriestaaten. Das wesentlich niedrigere Bevölkerungswachstum und dessen auffallende Verlangsamung von 1,3 Prozent im Jahresdurchschnitt 1961 bis 1965 auf 0,9 Prozent 1969 in den Industriestaaten führte jedoch zu fast gleich hohen Zuwachsraten des Bruttoinlandproduktes pro Kopf in den hier verglichenen Ländergruppen: 4,1 Prozent in den Entwicklungsländern und 4,0 Prozent in den kapitalistischen Industriestaaten (zu laufenden Preisen).

Die Erfolge der Entwicklungsländer beim wirtschaftlichen Aufbau sind zwar offenkundig. Es bleibt aber eine unbestreitbare Tatsache, daß sich die Diskrepanz des ökonomischen Niveaus zwischen den Entwicklungsländern und den kapitalistischen Industriestaaten nicht verringert.

Bergbau, Industrie, Ernährungslage

Der Zuwachs in den einzelnen Wirtschaftsbereichen war sehr unterschiedlich. Herausragend ist die weiter schnell wachsende Bedeutung des Bergbaus. In den fünf Jahren 1965 bis 1969 erhöhte sich sein Produktionsvolumen (kumulativ) in den Entwicklungsländern um 31 Prozent (gegenüber nur 11 Prozent in den kapitalistischen Industriestaaten).

Tabelle 1
Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum, durchschnittliche jährliche Zuwachsraten in Prozent

	1961— 1965	1966	1967	1968	1969
Entwicklungsländer					
BIP	5,1	4,8	5,2	5,9	6,7
Bevölkerung	2,6	2,6	2,6	2,5	2,5
BIP pro Kopf	2,5	2,2	2,6	3,3	4,1
Kapitalistische Industriestaaten					
BIP	5,1	5,5	3,4	5,4	4,9
Bevölkerung	1,3	1,1	1,0	1,0	0,9
BIP pro Kopf	3,8	4,4	2,4	4,4	4,0

BIP = Bruttoinlandprodukt zu laufenden Preisen

Quelle: Weltbank—Internationale Entwicklungsorganisation, Washington 1970, Jahresbericht 1970, S. 76 f.

ten), wobei die Erdölförderung mit + 45 Prozent (+ 18 Prozent) weit herausragte. Damit im Zusammenhang steht die wachsende Rolle der Entwicklungsländer als mineralisches Rohstoffreservoir der kapitalistischen Industriestaaten. Im Zuwachs der Industrieproduktion von 25 Prozent konnten die Entwicklungsländer während der betrachteten fünf Jahre kaum mit den im vorhandenen Potential weit im Vorsprung liegenden kapitalistischen Industriestaaten (+ 26 Prozent) Schritt halten; gegenüber den RGW-Staaten (+ 41 Prozent) blieben sie sogar erheblich zurück. Das in den Entwicklungsländern auf 34 und 50 Prozent beschleunigte Wachstum von Schwerindustrie und Energieproduktion (+ 31 und + 34 Prozent in den kapitalistischen Industriestaaten; + 50 und + 45 Prozent in den RGW-Ländern) könnte jedoch den Umschlag zu einem leichten Aufholen besonders gegenüber den kapitalistischen Industriestaaten ankündigen. In der Nahrungsmittelerzeugung wurde die annähernde Stagnation in der Produktion absolut und der Rückgang pro Kopf in den Dürrejahre 1965 und 1966 wieder überwunden. Der erst 1968 erfolgte Anschluß an die bereits 1964 erreichte Pro-Kopf-Produktion war jedoch nur zeitweilig. Mit dem Rückgang der Zuwachsraten der Nahrungsmittelproduktion von 4 Prozent 1968 auf weniger als 3 Prozent

Tabelle 2
Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion,
Indizes, 1952 bis 1956 = 100

Entwicklungs- länder	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
	absolut	123	127	131	134	135	136	143	148
pro Kopf	104	105	105	105	103	101	103	105	104
zum Vergleich 1969:									
	RGW- Länder		West- europa		Nord- amerika		Ozeanien		
absolut	172		146		132		167		
pro Kopf	142		129		105		121		

Quelle: Bulletin Mensuel Economie et Statistique Agricoles (Hrsg. UN-FAO), Rom, Juli bis August 1970, S. 12 f.

1969 war die Pro-Kopf-Produktion 1969 erneut rückläufig. Sieht man von den USA und Kanada ab, wo angesichts berstender Lager die Agrarproduktion künstlich gedrosselt wird, sind die Entwicklungsländer diejenige Ländergruppe der Welt, in der die Nahrungsmittelproduktion am langsamsten wächst, obwohl der Ernährungsrückstand der Volksmassen gerade höchste Zuwachsraten erfordert.

In den vergangenen beiden Jahren wurde namentlich von der Weltbank euphorisch das Bild einer angeblichen „Grünen Revolution“ in den Entwicklungsländern verbreitet. Aus jüngsten Veröffentlichungen, als deren Autor Weltbankpräsident Robert McNamara zeichnet, spricht dagegen erneut Pessimismus und indirekt tiefe Sorge über die Konsequenzen des Rückstandes der Entwicklungsländer für das imperialistische System. In dem im letzten September vorgelegten Bericht der DAG, des Entwicklungshilfe-Ausschusses der OECD, wird beklagt, daß die „Grüne Revolution“ praktisch nicht wirksam wurde. Die Ausbreitung ertragreicherer Weizen- und Reissorten sei auf Pionierstationen beschränkt geblieben. 1969 habe es keinerlei Fortschritte in der Überwindung der Unterernährung gegeben. Sie bleibe die entscheidende (physische) Bremse bei der Mobilisierung verfügbarer Potenzen.

Im letzten Jahr nahm besonders auch das Problem der wachsenden Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern immer ernsteren Charakter an. Nach Angaben der zweiten Konferenz über Beschäftigung in den Entwicklungsländern (Paris, Dezember 1969) beträgt allein die offene Arbeitslosigkeit im Durchschnitt der Entwicklungsländer 10 Prozent des Arbeitskräftepotentials; für 1980 rechnet man mit 18 bis 20 Prozent, wozu noch die sehr erhebliche versteckte Arbeitslosigkeit kommt.

Expandierender Außenhandel bei abnehmendem Anteil am Welthandel

Nach dem letzten Tiefpunkt der Exporte im Jahre 1967, als die Ausfuhren nur um 3,6 Prozent zunahm, wurden 1968 und 1969 ungewöhnlich hohe Zuwachsraten von 9,6 und 11,4 Prozent erzielt. Die chronischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten veranlaßten aber die Entwicklungsländer, ihre Importe 1968 und 1969 nur um etwas über 8 Prozent auszuweiten, so daß das Defizit der Handelsbilanz weiter abgebaut werden konnte. Auch für 1970 wird mit einer beträchtlichen Steigerung der Exporte gerechnet.

Die Ausweitung des Handels wurde durch steigende Preise für Rohstoffe begünstigt. Die höheren Erlöse fielen besonders bei NE-Metallen ins Gewicht, wirkten sich aber auch bei einigen Ernährungsgütern und pflanzlichen Rohstoffen aus. Die Kakaopreise erreichten 1969 ihren höchsten Stand seit zehn Jahren. Die Preise für Kaffee und Zucker haben steigende Tendenz; die hohe Nachfrage führte sogar bei Kautschuk zu einer vorübergehenden Verteuerung. Sinkende Tendenzen sind hingegen bei Reis, Wolle, Hartfasern, Tee und Eisenerz zu verzeichnen. Infolge des unterschiedlichen geographischen Gewichts bei der Produktion der verschiede-

Tabelle 3
Außenhandel der Entwicklungsländer, in Milliarden Dollar

	1965	1966	1967	1968	1969
Einfuhr	37,9	40,8	42,3	45,8	49,6
Ausfuhr	36,4	38,8	40,2	44,1	49,1
Austauschverhältnis („Terms of Trade“) 1950 = 100	89	91	90	91	93

Quelle: Monthly Bulletin of Statistics (Hrsg. UN), New York, 9/1970

denen Waren zogen vor allem Lateinamerika und Afrika aus der Preisbewegung Vorteile.

Der überdurchschnittliche Preisanstieg bei wichtigen Rohstoffen hatte zur Folge, daß sich die seit dem Tiefpunkt im Jahre 1962 (Index 88; 1950 = 100) zu beobachtende allmähliche Verbesserung der Terms of Trade zugunsten der Entwicklungsländer fortsetzte.

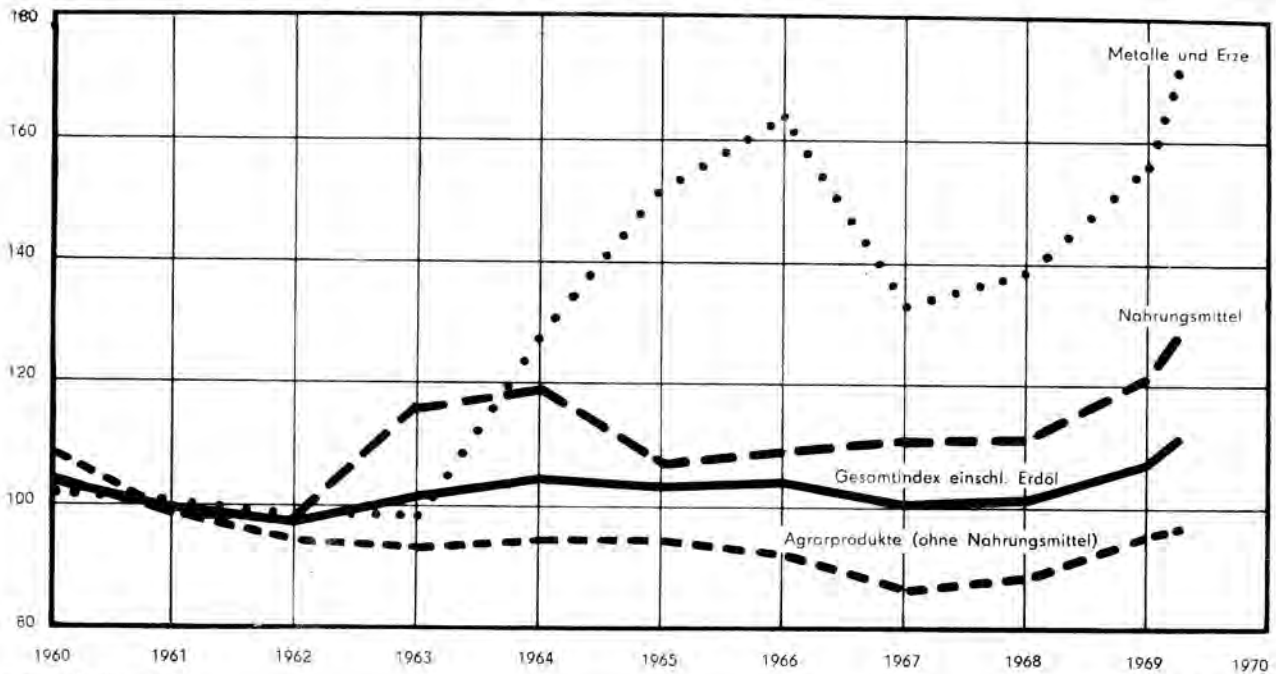
Vom interregionalen Handel in Lateinamerika abgesehen, dessen Gewicht für den Außenhandel der betreffenden Staaten wächst, ist der Handel unter den Entwicklungsländern relativ rückläufig. Die insgesamt verhältnismäßig günstige Außenhandelsentwicklung war noch weitgehend von der Konjunktur in den kapitalistischen Industriestaaten bestimmt, deren Marktanteil von Jahr zu Jahr gestiegen ist und 1969 74,7 Prozent vom Export der Entwicklungsländer erreichte. Dabei nutzen die kapitalistischen Industriestaaten die intensivere Bindung über den Außenhandel, wenn immer möglich, dazu aus, weitere ausbeuterische Positionen und politischen Einfluß zu gewinnen.

Die Ausweitung des Außenhandelsvolumens kann auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Entwicklungsländer im Schatten des zeitweiligen konjunkturellen Aufschwungs im kapitalistischen Weltsystem, am Rande der sich rasch entfaltenden Internationalisierung des Wirtschaftslebens geblieben sind. Ihr Anteil am Welthandel war auch 1969 rückläufig; er betrug 1969 nur noch 20,2 Prozent gegenüber 23,1 Prozent (Exportanteil) im Jahresdurchschnitt 1962 bis 1964.

Ausplünderung und Verschuldung

Ein besonderes Kennzeichen der wirtschaftlichen Lage der Entwicklungsländer ist deren chronisches Zahlungsbilanzdefizit mit den kapitalistischen Industriestaaten. Nach einer Untersuchung der OECD betrug im Zeitraum 1964 bis 1967 das durchschnittliche jährliche Defizit des Handels, der Dienstleistungen und des transferierten Kapitalzinses 6,2 Milliarden Dollar, unter Einschluß des ominösen Postens „kurzfristige Kapitalbewegungen, Irrtümer und Auslassungen“ von 2,8 Milliarden sogar 9,0 Milliarden Dollar, also bald das Dreifache des aus Handel, Transport und Versicherung entstehenden Defizits von 3,8 Milliarden Dollar. Der wichtigste Passivposten resultiert aus der Ausplünderung durch den imperialistischen Kapitalexport. Laut OECD bezogen die kapitalistischen Industriestaaten 1964 bis 1967 jährlich im Durchschnitt 5,8 Milliarden Dollar Kapitalzins aus den Entwicklungsländern. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus rund 500 Millionen Dollar Zinsen aus ausstehenden öffentlichen Darlehen und schätzungsweise 700 bis 900 Millionen Dollar Zinsen aus kurz- und mittelfristigen Privatschulden. Der Hauptbetrag von 4,5 Milliarden Dollar pro Jahr besteht in erster Linie aus Profiten der Direktinvestitionen. Davon wurden 800 Millionen Dollar reinvestiert, aber 3,7 Milliarden Dollar in die Metropole des Kapitalismus „repatriiert“. Die im gleichen Zeitraum durch neue Transfers vorgenommenen Direktinvestitionen betragen hingegen im Jahresdurchschnitt „nur“ 1,3 Milliarden Dollar. Während sich die durch Direktanlagen – private Investitionen zwecks Unternehmensbeherrschung – verkörperten Machtpositionen der Monopole vergrößern

Preise für ausgewählte Warengruppen auf dem kapitalistischen Weltmarkt



1. Vierteljahr

Index 1960-62 = 100

Quelle: Weltbank - Internationale Entwicklungsorganisation, Washington 1970, Jahresbericht 1970, S. 51

ten, florierte per Saldo der Kapitalabzug aus den Anlage-sphären. Besonders die Direktinvestitionen werfen schwerwiegende Probleme auf.

Die Entwicklungsländer sind vor eine komplizierte Situation gestellt. Um die nötigen Importe an Waren und Leistungen und damit ihr - dennoch unbefriedigendes - Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten, können sie nicht umhin, auch weiterhin hohe und sogar steigende ausländische Finanzierungsquellen in Anspruch zu nehmen. Seit 1956, dem Beginn der statistischen Erfassung durch die OECD, hat sich der Nettozufluß von Finanzierungsmitteln aller Art aus den kapitalistischen Industriestaaten nach Entwicklungsländern von 6,1 auf 13,3 Milliarden Dollar 1969 mehr als verdoppelt. Von den Nettoauszahlungen entfielen auf:

Mittel staatlicher Budgets	7,25 Milliarden Dollar
darunter Zuwendungen	4,38 Milliarden Dollar
Darlehen u. a. langfristiges Kapital	2,30 Milliarden Dollar
div. staatl. Zuschüsse	0,57 Milliarden Dollar
private Mittel	6,05 Milliarden Dollar
darunter Direkt- u. Portefeuille-Investitionen	4,31 Milliarden Dollar
private Exportkredite	1,73 Milliarden Dollar

Besonders seit 1966 haben sich unter den führenden Mächten des Imperialismus bedeutende Verschiebungen im Kräfteverhältnis ergeben. Stellten 1956 und in den zunächst folgenden Jahren die USA rund die Hälfte, Frankreich zwischen 15 und 20 und Großbritannien nahezu 10 Prozent, diese drei Mächte zusammen also 75 bis 80 Prozent des gesamten Nettozuflusses aus den OECD-Staaten, so betrug ihr Anteil 1969 nur noch 55 Prozent. Während die von den USA und Frankreich bereitgestellten Mittel nur noch langsam wuchsen, steigerten besonders Japan und die BRD, aber auch einige kleinere kapitalistische Industriestaaten ihre Kapitalexporte beträchtlich.

Als Übergangslösung wird die Hereinnahme ausländischen Kapitals für die meisten Entwicklungsländer auch in den nächsten Jahren kaum zu umgehen sein. (Nur die Erdöländer sind hier in einer relativ günstigen Lage.) Dem Imperialismus ist damit der heute wahrscheinlich wichtigste Hebel für die Durchsetzung seiner neokolonialistischen Interessen in die Hand gegeben. Aber die Verantwortlichen der Entwicklungsländer werden sich immer mehr dieser Gefahr bewußt. Die Modalitäten der Auslandsfinan-

zierung sind zu einem der Hauptfelder der Auseinandersetzung zwischen dem Imperialismus und den nationalen Kräften auf dem Gebiete der Ökonomie geworden.

Der direkte private Kapitalexport zählt nach wie vor zu den Hauptformen der finanziellen Expansion des Imperialismus. Nach Schätzungen der OECD betrug der 1956 bis 1969 aufgelaufene Buchwert der privaten Direktinvestitionen in Entwicklungsländern 37 bis 38 Milliarden Dollar; rund die Hälfte dieser Anlagen wurde in der Erdölwirtschaft und im Bergbau, den für das Auslandskapital schon immer attraktivsten Zweigen, vorgenommen.

Die derart geschaffenen Schlüsselstellungen wirtschaftlicher und davon ausgehend politischer Macht sind jedoch verständlicherweise dem Ansturm der nationalen Kräfte bis hin zu einem breiten Flügel der einheimischen Bourgeoisie ausgesetzt. Gerade im letzten Jahr häuften sich die Maßnahmen zur Einschränkung des privaten Auslandskapitals - in Indien, Ceylon, Sambia, Peru und vielen anderen Ländern. Der Wahlsieg der Unidad Popular in Chile erklärt sich nicht zuletzt aus ihrem klaren, gegen die Macht der USA-Monopole gerichteten Programm.

Obwohl die Stimmen einflußreicher Interessenvertreter des Imperialismus nicht verstummen, dem privaten Kapitalexport auch künftig Priorität einzuräumen, lassen doch alle repräsentativen Studien von Expertengruppen zur weiteren Gestaltung insbesondere der finanziellen Expansion (Berichte von Pearson/Weltbank, Jackson/UN-Entwicklungsprogramme und Peterson/USA-Regierung) deutlich die Tendenz erkennen, stärker auf Wünsche und Erfordernisse der Entwicklungsländer einzugehen. Die Reorganisation der „Entwicklungshilfe“-Systeme, die in der BRD bereits beschlossen ist und einer Ankündigung Präsident Nixons zufolge auch in den USA vorgenommen werden soll, wird künftig - im Zuge einer Glättung der Angriffsflächen - staatlichen Leihkapitalexporten, darunter auch über multilaterale Stellen, noch größere Bedeutung verleihen.

Aber die Aufnahme von Leihkapital ist für die Souveränität der Entwicklungsländer ebenfalls gefährlich. Mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 15 Prozent in den vergangenen zehn Jahren hat sich die gesamte staatliche Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer alle fünf Jahre seit 1955 verdoppelt. Schuld und Schuldendienst wuchsen doppelt so schnell wie die Exporterträge

und dreimal so schnell wie das wirtschaftliche Gesamtprodukt. Die Ende 1968 ausstehende Schuld betrug 53,4 Milliarden Dollar. Einige Länder haben sich derart verschuldet, daß sie bei ihren Gläubigern um Schuldenerleichterungen nachsuchen mußten. Ein entsprechendes Umschuldungsabkommen wurde im April 1970 über Indonesiens Auslandsschuld in Höhe von 900 Millionen Dollar vereinbart. Derartige Canossa-Gänge zwingen die Schuldner meist zu Konzessionen an Forderungen ihrer Gläubiger — Indonesien hat sich inzwischen wieder dem ausländischen Privatkapital weit öffnen müssen.

Das Verschuldungsproblem wird künftig eher komplizierter werden. Der UNCTAD-Rat schätzt in einer im September 1969 veröffentlichten Prognose für die zweite Entwicklungsdekade — bei angenommenen Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts; siehe unten —, daß das künftige Defizit der Waren- und Dienstleistungsbilanz von 3,6 Milliarden Dollar 1963 auf 17,9 Milliarden Dollar 1975 und 29,8 Milliarden Dollar 1980 ansteigen wird. Der wirkliche Fehlbetrag wird höher sein, denn die Zahlungsbilanzen werden künftig noch stärker durch die Tilgung von Krediten und diverse Formen der Zinszahlung an das internationale Finanzkapital belastet sein. Unter Berücksichtigung dieser Abflüsse könnte nach Auffassung des UNCTAD-Rates das Defizit der Zahlungsbilanz beträchtlich anschwellen: ohne die Erdölländer von 5,9 Milliarden Dollar 1963 auf voraussichtlich 27,7 Milliarden Dollar 1975 und 43,8 Milliarden Dollar 1980.

Das aber würde den Zwang zu noch höherer Auslandsfinanzierung bedeuten. Der verhängnisvolle Kreislauf von Defizit und Verschuldung würde in erweiterten Dimensionen fortgeführt.

Beginn der Zweiten Entwicklungsdekade

Auf der feierlichen Sitzung zum 25jährigen Bestehen der Vereinten Nationen Ende Oktober 1970 beschlossen die 127 Mitgliedsländer der Vereinten Nationen eine „Strategie“ für die Zweite Entwicklungsdekade (1971 bis 1980). Der Anlaß ihrer Verkündung und die einstimmige Annahme unterstrichen die erstrangige Bedeutung, die dem Dokument von den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung beigegeben wird. Erstmals sind für alle wichtigen, das Wirtschaftswachstum bestimmenden ökonomischen Faktoren detaillierte Empfehlungen gegeben worden — darunter auch für Beschäftigung, Bildung, Gesundheitswesen, Ernährung, Wohnverhältnisse und die Rolle der Kinder, der Jugendlichen und der Frauen im Prozeß der Entwicklung.

Die grundlegenden meßbaren Ziele der Zweiten Entwicklungsdekade sind — bei einem erwarteten Bevölkerungszuwachs von 2,5 Prozent im Jahr — folgende jährliche Zuwachsraten: Bruttosozialprodukt 6 Prozent absolut und 3,5 Prozent pro Kopf; landwirtschaftliche Erzeugung 4 Prozent; Industrieproduktion 8 Prozent; Ein- und Ausfuhr knapp bzw. reichlich 7 Prozent. Die entwickelten Staaten werden aufgefordert, ab 1972 1 Prozent ihres Bruttosozialprodukts als Finanzierungsmittel für Entwicklungsländer bereitzustellen, darunter ab 1975 0,7 Prozent als staatliche Hilfe.

Die Einmütigkeit, mit der das Dokument nach zwei Jahre währenden zähen Verhandlungen angenommen werden konnte, kann zugleich seine Grenzen nicht verdecken. Es waren erhebliche Kompromisse erforderlich, um den unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb der UNO die Zustimmung möglich zu machen. Vor allem hat die Strategie nur empfehlenden Charakter; damit wird auch diesen oder jenen Vorbehalten einzelner Mitgliedstaaten in Detailfragen — Vorbehalten sehr unterschiedlichen Charakters — Rechnung getragen.

Bei einem wichtigen Programmpunkt, der freilich bereits auf die Erste Welthandelskonferenz zurückgeht, zeichnen sich bereits Resultate ab. Im Oktober 1970 wurde in der

UNCTAD Einigung darüber erzielt, daß die entwickelteren Staaten allgemeine, nicht reziproke und nicht diskriminierende Zollpräferenzen zugunsten von Halb- und Fertigwarenexporten der Entwicklungsländer zunächst für zehn Jahre gewähren. Sie sollen möglichst noch 1971 in Kraft treten. Die fünf der UNO angehörenden RGW-Staaten, die ihren Außenhandel nur in begrenztem Umfang durch Zölle regulieren, äußerten in einer gemeinsamen Erklärung ihre Bereitschaft, den Entwicklungsländern auf anderen handelspolitischen Gebieten entgegenzukommen.

Wenn man bedenkt, daß es einige kapitalistische Industriestaaten auf der Ersten Welthandelskonferenz 1964 in Genf sogar ablehnten, über solche Präferenzen auch nur zu verhandeln, so zeigt die jetzt getroffene Einigung das gewachsene Durchsetzungsvermögen der Entwicklungsländer bei der Gestaltung des Systems internationaler Arbeitsteilung.

Im wesentlichen handelt es sich jedoch um eine Grundsatzentscheidung. Die Entwicklungsländer mußten sich damit abfinden, daß jeder kapitalistische Industriestaat ein eigenes Präferenzsystem anwenden will, das überdies nicht mit den Entwicklungsländern ausgehandelt, sondern einseitig beschlossen wird. Die einzelnen imperialistischen Mächte werden sicher versuchen, ihre Zollkonzessionen möglichst nicht zu Lasten von bestehenden Bindungen ihrer traditionellen Einflußsphären (Franc-Zone, Commonwealth) zu gestalten. Die USA wollen sogar in bilateralen Verhandlungen Gegenpräferenzen erreichen, was dem neuen positiven Schritt im Welthandelssystem den ihm zugeordneten Sinn nehmen würde.

Die weiteren Verhandlungen zwischen den Entwicklungsländern und den Industriestaaten werden sich voraussichtlich auf die Stabilisierung der Rohstoffmärkte konzentrieren. Diese Frage könnte auch eine wichtige Rolle auf der voraussichtlich im April/Mai 1972 in Genf stattfindenden Dritten Welthandelskonferenz spielen.

Maßnahmen, bei denen sich sogar antagonistische Kräfte zu „gemeinsamen Anstrengungen“ zusammenfinden, rühren natürlich nicht an die Wurzeln der Probleme, vor denen die Entwicklungsländer heute stehen. Sie können aber besondere Schwierigkeiten mildern und das Feld für allmähliche Verschiebungen im internationalen Kräfteverhältnis durch Zurückdrängung der imperialistischen Ausbeutung und Intervention bilden. Eine grundlegende Wende ist selbstverständlich nur im Zuge tiefgreifender revolutionärer Umgestaltungen in den Entwicklungsländern selbst zu erzielen. Eine solche Strategie werden die imperialistischen Mächte stets durch jedes nur denkbare Mittel zu hintertreiben suchen.

(Quelle: DWI-Berichte,
Nr. 3, 1971)

SÜDAFRIKA

R. MOLTEÑO:

AFRIKA UND SÜDAFRIKA

(2. TEIL)

(Der erste Teil dieses Textes erschien in AIB, Nr. 9, 1971.)

Da dies so ist, kann die Politik von Malawi und Madagaskar, besonders wenn andere Staaten sich ihr anschließen, das System der weißen Vorherrschaft nur noch weiter absichern, und zwar aus vier Gründen.

1. Bislang stellte die Gegnerschaft der afrikanischen Staaten gegenüber Südafrika einen Faktor im Denken der weißen Südafrikaner hinsichtlich der Sicherheit ihrer Zukunft dar. Mit der Politik der Annäherung würde dieser Druck von ihnen genommen.
2. Wenn weitere afrikanische Staaten ihre Verpflichtungen gegenüber den Afrikanern, die unter weißer Herrschaft leben, aufgeben, dann werden dadurch die Befreiungsbewegungen mit Sicherheit geschwächt. Ihre finanziellen Mittel würden reduziert.⁴⁰⁾ Ihre Moral würde schwächer werden. Sogar ihr Zugang nach Südafrika könnte durch solche afrikanischen Staaten unterbrochen werden.
3. Die Moral der Afrikaner innerhalb Südafrikas wird in dem Maße sinken, wie sie sehen, daß schwarze Politiker mit ihren Unterdrückern kooperieren. In gleichem Maße wird die Moral der Weißen gestärkt werden - und sie wird es bereits. Und sie werden sogar weniger die Notwendigkeit sehen, mit der schwarzen Mehrheit zu irgendeinem Kompromiß zu gelangen.
4. In dem Maße, wie der schwarzafrikanische Handel mit Südafrika der südafrikanischen Wirtschaft zugute kommt, wird er auch die Möglichkeiten Südafrikas steigern, die militärischen und polizeilichen Einrichtungen zu finanzieren, die zur Durchsetzung der Apartheid erforderlich sind. 1969/70 stiegen die Haushaltsausgaben für die Polizei um 19% auf 85,6 Mio. Rand, für die Armee um 7% auf 271,6 Mio. Rand, für Gefängniswesen und Justiz um 16% auf 43 Mio. Rand. Zusätzlich

wurden 4,1 Mio. Rand dem neuen Büro für Staatssicherheit zur Verfügung gestellt. Die Gesamtsumme von 404 Mio. Rand Ausgaben für Sicherheitszwecke machten 24% der gesamten ständigen Ausgaben aus.⁴¹⁾

Die Schlußfolgerung ist eindeutig: Wenn Afrika seinen Frieden mit Südafrika macht, wird dies nicht nur den Rassismus in diesem Lande nicht verringern; in Wirklichkeit wird dadurch die weiße Vorherrschaft gestärkt werden.

DAS ZIEL SÜDAFRIKAS: EIN GEMEINSAMER MARKT

Südafrika ist nicht nur am Handel mit einzelnen afrikanischen Staaten interessiert. Es strebt vielmehr danach, eine ausgedehnte Freihandelszone und Zollunion in Zentral- und Ostafrika als Markt für südafrikanische Waren zu schaffen.

In den vergangenen Jahren hat sich die südafrikanische Zahlungsbilanz außerordentlich verschlechtert. In der ersten Hälfte der sechziger Jahre - 1960 bis 1964 - betrug das durchschnittliche jährliche Handelsdefizit 141 Millionen Pfund.⁴²⁾ In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts - 1965 bis 1969 - vergrößerte sich dieses Defizit auf einen Jahresdurchschnitt von 312 Mio. Pfund. Zahlen für die ersten Monate des Jahres 1970 weisen auf eine weitere Verschlechterung hin. Das durchschnittliche monatliche Handelsbilanzdefizit stieg von 18,3 Mio. Pfund im Jahre 1968 auf 29,8 Mio. Pfund im Jahre 1969 und auf 44,6 Mio. Pfund in den ersten 9 Monaten des Jahres 1970. Der einzige Faktor, der Südafrika vor einer Krise bewahrte, war der umfangreiche und noch wachsende Goldexport. 1960 wurde Gold im Werte von 309 Mio. Pfund exportiert. Diese Zahl stieg auf 473 Mio. Pfund im Jahre 1969.

Aber die Goldproduktion hat ihren Höhepunkt erreicht. Der Ausstoß war 1969 nur um 0,5% höher als 1968. Angesichts steigender Kosten und des Fehlens größerer Vorkommen wird damit gerechnet, daß die Goldproduktion von der Mitte der 70er Jahre an sinken wird.⁴³⁾ Dies wird wahrscheinlich schwerwiegende Konsequenzen für die südafrikanische Zahlungsbilanz haben. Harry Oppenheimer, ein führender Minenbesitzer und Industrieller, erklärte im November 1969, daß die Ersetzung des Goldes als Devisenbringer das wirtschaftliche Hauptproblem sei, mit dem das Land konfrontiert sei.⁴⁴⁾ Der wirtschaftliche Entwicklungsplan für die Jahre 1968 bis 1973 sieht eine Steigerung des Warenexports um 41% vor.⁴⁵⁾ Agrarexporte können jedoch vermutlich die Lücke, die durch den sinkenden Goldexport entsteht, nicht schließen; denn es

ist der Landwirtschaft nicht gelungen, ihren früheren Anteil am Bruttosozialprodukt wie am Export beizubehalten. Das bedeutet, daß dem zunehmenden Defizit in der Zahlungsbilanz nur durch bedeutende Steigerungen des Exports an Industriewaren begegnet werden kann.

Dies zu erreichen, fällt Südafrika sehr schwer. Entfernung, höhere Stückkosten und technologische Faktoren haben verhindert, daß südafrikanische Industriewaren in die großen Märkte Europas und Nordamerikas eindringen. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1969 waren nur 4% der südafrikanischen Exporte nach England Industriewaren - ohne den Export von unverarbeitetem Kupfer und Diamanten.⁴⁶⁾ In völligem Gegensatz dazu steht die Tatsache, daß 1967 87,5% der südafrikanischen Exporte nach Sambia aus Industriewaren bestanden.⁴⁷⁾ Der natürliche Markt für Südafrika ist Afrika. Doch selbst hier kann Südafrika aus politischen und wirtschaftlichen Gründen oft nicht erfolgreich mit anderen Industrieländern konkurrieren. Die Lösung für Südafrika wäre die Einbeziehung einer großen Zahl von afrikanischen Staaten in einen nach außen hin geschützten Markt, d.h. eine Freihandelszone, die von Südafrika beherrscht wird.

Die Vorteile einer Freihandelszone für Südafrika lassen sich leicht aufzeigen. 1964 lieferte Südafrika im Rahmen der bestehenden Zollunion von Südafrika, Südwestafrika, Lesotho, Botswana und Swasiland 89% der Importe dieser Länder und hatte ihnen gegenüber eine positive Handelsbilanz von 67 Mio. Rand.⁴⁸⁾ Den früheren Staaten der Zentralafrikanischen Föderation (Rhodesien, Sambia und Malawi), die nicht mit Südafrika in einer Freihandelszone verbunden sind, lieferte Südafrika nur 23% der von ihnen benötigten Importe, und im gleichen Jahr nur 8% der Importe von Mocambique und Angola. Wären diese Staaten in eine Freihandelszone einbezogen und Südafrika in der Lage, die Märkte dieser Länder in dem gleichen Ausmaß zu beherrschen, wie die ihrer gegenwärtigen "Partner", dann würde der südafrikanische Export, auf der Basis der Zahlen von 1964, sich um 476 Mio. Rand jährlich erhöhen; dies käme beinahe der Höhe des durchschnittlichen jährlichen Handelsdefizits in der zweiten Hälfte der 60er Jahre gleich.

Sowohl die Regierung als auch die Repräsentanten der Wirtschaft sind sich der Vorteile einer größeren Freihandelszone für Südafrika bewußt. Daher übten sie zunehmend Druck auf die südafrikanische Regierung aus, damit diese einen gemeinsamen Markt im südlichen Afrika ins Leben rufe, der so entfernte Länder wie Sambia und Kongo (Kinshasa) miteinschließen sollte. Dr. Verwoerd sprach sich bereits 1963 als erster Minister für dieses Vorhaben aus.

Ihm folgte Wirtschaftsminister Jan Haak, der 1965 eine Konferenz mit dem Thema "Ein Gemeinsamer Markt in Afrika - ein Wirtschaftskonzept" eröffnete. Er befürwortete Verbindungen, ähnlich denen, wie sie zwischen Südafrika und seinen Reservaten und den High Commission Territorien bestehen, auf andere afrikanische Staaten auszudehnen und zwar in Form einer Zollunion und liberalisierter Kampfbewegung einer Währungseinheit und einem freien Arbeitskräfteaustausch." 49)

1967 veröffentlichte ein ehemaliger Diplomat, Eschel Rhoadie, ein Buch mit dem Titel "Das dritte Afrika", worin er diese ökonomische Konzeption ausarbeitete. 1969 gab die Universität Pretoria eine spezielle Studie über die Durchführbarkeit des Projekts in Auftrag.⁵⁰⁾ Schließlich fand im Mai 1970 in der Nähe der Victoria Falls in Rhodesien eine Konferenz statt, deren Ziel es war, die Möglichkeiten weitestgehend auszuloten.

Während die Vorteile für Südafrika beträchtlich sein würden, würden die Resultate für die anderen afrikanischen Staaten vernichtend sein. Die Zeitschrift Newscheck (30.5.1969) gestand ein: "Eine Zollunion ist wirtschaftlich nur zwischen Staaten zu rechtfertigen, deren Produktionsstrukturen bereits vor dem Zusammenschluß relativ konkurrenzfähig sind, und bei denen es möglich ist, daß sie sich nach einer Integration besser ergänzen. Eine weitere Vorbedingung für den Erfolg eines gemeinsamen Marktes ist, daß alle Mitglieder sich ungefähr auf dem gleichen Entwicklungsniveau befinden. Keine dieser elementaren Bedingungen ist in Südafrika gegeben. Tatsächlich herrscht dort genau der entgegengesetzte Zustand vor." Unter diesen Umständen würde der Anschluß an den von Südafrika projektierten gemeinsamen Markt für einen sich entwickelnden afrikanischen Staat anhaltende Armut bedeuten. Es ist bemerkenswert, daß sowohl Rhodesien als auch die portugiesischen Kolonien wenig Interesse an diesem Konzept erkennen ließen.

Südafrikas Ziel einer großen Freihandelszone stimmt direkt mit seinem anderen Ziel überein, Afrikas Exportgüter vom heimatischen Markt fernzuhalten. Die Schaffung eines gemeinsamen Marktes im südlichen Drittel des Kontinents würde jeder weiteren Industrialisierung der anderen Staaten in dieser Region Einhalt gebieten. Die südafrikanischen Industrien würden in einem solchen Fall nicht von Produzenten bedroht, die ihre Waren auf dem Markt preisgünstiger anbieten könnten. Das Hauptergebnis einer Realisierung des ökonomischen Konzepts wäre ein leichterer Zugang der südafrikanischen Industrien zu einem größeren Markt.

Die Wirtschaftsgeschichte Südafrikas zeigt

den Trend der Industrie, sich nur in entwickelten Gebieten anzusiedeln. Der größte Teil der südafrikanischen Industrie liegt im südlichen Transvaal, wo die Goldminen von Anfang an günstige Bedingungen für eine industrielle Entwicklung boten. Selbst die Wachstumsraten der Industriegebiete von Kapstadt und Port Elisabeth, die sehr günstig in der Nähe von Häfen liegen, sind weit niedriger als diejenigen im südlichen Transvaal. Die ländlichen Gebiete hingegen, sowohl die mit weißer als auch die mit schwarzer Bevölkerung, werden von der Industrie gemieden. Nur strenge gesetzliche Maßnahmen, die mit finanziellen Anreizen wie mit administrativen Strafen arbeiten, haben einige widerstrebende Industrielle dazu gezwungen, ihre Fabriken in den Grenzgebieten am Rand der afrikanischen Reservate anzusiedeln, das heißt, weit weg von bereits bestehenden industriellen Ballungszentren.

Die verheerenden Konsequenzen des Freihandels für schwächere Partner - und jeder beitretende afrikanische Staat wäre eindeutig ein schwächerer Partner - werden aus der gesamten Wirtschaftsgeschichte Südafrikas deutlich. Die High Commission Territorien waren 60 Jahre lang durch eine gemeinsame Zollunion an Südafrika gebunden. Das Ergebnis war das völlige Fehlen jeder verarbeitenden Industrie in Lesotho, Botswana und selbst Swaziland. Botswana ist sich sehr wohl weiterer nachteiliger Konsequenzen dieser Zollunion bewußt. 1966 wies Präsident Khama darauf hin, daß sein Land nicht in der South African Reserve Bank vertreten gewesen sei und deshalb keinen Einfluß auf die Währungspolitik nehmen konnte, soweit sie Botswana betraf. Die Einnahmen aus der Zollunion standen in keinem Verhältnis zum wirtschaftlichen Wachstum von Botswana. Die Lebenshaltungskosten in Botswana wurden bei Fehlen vorteilhafter Kompensationen durch die hohen Zölle, die Südafrika zum Schutz seiner Industrie auf Importe erhob, erhöht.⁵¹⁾

Südrhodesien begann erst nach dem 2. Weltkrieg mit der Industrialisierung, als die Bildung der Zentralafrikanischen Föderation sowohl zu einem Außenzolltarif gegenüber Südafrika als auch zu gesichertem Zugang zu den großen Märkten Nordrhodesiens (jetzt Sambia) und Nyasaland (jetzt Malawi) führte. Sambia, das zehn Jahre lang zur Freihandelszone der Zentralafrikanischen Föderation (CAF) gehörte, litt bis zur Auflösung der Föderation Ende 1963 an mangelnder Industrialisierung. Seither weist die verarbeitende Industrie eine jährliche Wachstumsrate von 30% auf.⁵²⁾

Die Intentionen, die sich hinter Südafrikas Freihandelsplänen verbergen, sind von der Zeitschrift Africa South, (Februar 1968, S.4) ungeschminkt dargelegt worden: "Unsere wirtschaft-

lichen und politischen Ziele im südlichen Afrika sind darauf gerichtet, alle natürlichen und menschlichen Reserven vom Table Mountain (in Kapstadt) bis zum Kongo nutzbar zu machen... Länder wie Rhodesien, Malawi, Portugiesisch Ostafrika werden gütlich dazu gebracht werden, den Rand als ihre Währungseinheit anzunehmen... Es gibt bereits einen Rat zur Lenkung von Ressourcen für das südliche Afrika, dessen Aufgabe es ist, alle Länder des südlichen Afrika zu beraten, um eine Verdoppelung bestimmter Industrien zu vermeiden. Eine solche Verdoppelung könnte zur Verschwendung und unnötigen Konkurrenz zwischen den Ländern führen. Mitgliedsländer des Gemeinsamen Marktes könnten sich gegenseitig ergänzen. Zum Beispiel könnte die Republik Südafrika Maschinen, Chemikalien und elektrische Anlagen herstellen, während Transkei Jute, Swaziland Zucker, Botswana Fleisch und Lesotho Wasser produzieren könnten."

Es gibt keinen Zweifel daran, daß es Südafrikas Fernziel ist, in Afrika eine umfassende Freihandelszone zu schaffen. Ferner zweifelt niemand daran, daß jeder afrikanische Staat, der dem Druck Südafrikas, seinem gemeinsamen Markt beizutreten, nachgeben würde, wirtschaftlich ruiniert wäre.

VERBINDUNGEN MIT SÜDAFRIKA UND IHRE POLITISCHEN KONSEQUENZEN

Zum Schluß bleibt die Frage nach den politischen Folgen engerer wirtschaftlicher Verbindungen zwischen Südafrika und unabhängigen afrikanischen Staaten offen.

Südafrika greift aus einer Reihe von Gründen nach Afrika aus. Es braucht Absatzmärkte für seine Waren, möchte Kapital exportieren und benötigt an seinen Grenzen Pufferzonen, die Guerillas den Transit unmöglich machen. Wie stark Südafrika diese Pufferzonen wünscht, verdeutlichte der Polizeiminister im Oktober 1968 durch seine Erklärung, man müsse den guten Willen der schwarzen Staaten südlich des Äquators gewinnen, damit sie als Pufferzonen gegen den Druck von Norden dienen könnten.⁵³⁾ Südafrika braucht diplomatische Beziehungen und andere Beweise der Freundschaft von afrikanischen Staaten, um dem Westen zu zeigen, daß auch er seinen Druck auf Südafrika lockern könne. Der Kern der südafrikanischen "outward-looking" policy in Afrika wurde von Außenminister Dr. Hilgard Müller 1968 offen dargelegt: "Wir müssen einfach sehen, daß unsere Beziehung zur restlichen Welt weitgehend von unseren Beziehungen zu den afrikanischen Staaten bestimmt wird."⁵⁴⁾

Die Republik sieht den wachsenden Handel als nützliches Instrument ihrer Außenpolitik an. Dies verdeutlichte die Zeitschrift News-

check (28.2.1969): "Die bereits bestehenden wirtschaftlichen Aktivitäten werden offiziell gutgeheißen und erhalten in Form der offiziellen "outward-looking" policy eine politische Parallele. Daß die südafrikanische Wirtschaft in den benachbarten schwarzen Staaten, also nicht nur in Rhodesien und in den portugiesischen Kolonien, aktiver werden sollte, ist Bestandteil dieser Politik." Der Import von Wanderarbeitern aus allen Staaten des südlichen Afrika führt außerdem zur weiteren Abhängigkeit dieser Volkswirtschaften von der Südafrikas. Zu einer ebensolchen Abhängigkeit führt der erhöhte Anteil an den Zolleinnahmen, der seit 1970 Swasiland, Lesotho und Botswana zufällt, weil diese Regierungen jetzt in einem größeren Umfang als früher auf die Einnahmen angewiesen sind, die von der südafrikanischen Regierung eingezogen werden.

Auch war Südafrika bemüht, weißen Beamten - unter dem Deckmantel der technischen Hilfe - zu Schlüsselpositionen in afrikanischen Staaten zu verhelfen. Dieser Prozeß ist am weitesten in Lesotho vorangetrieben worden. Dort sind u.a. der oberste Richter, der oberste Wahlbeamte, der Direktor der Rundfunkanstalten, der oberste Rechtsberater, der verantwortliche Beamte der nationalen Entwicklungsgesellschaft von Lesotho und mehrere Berater weiße Südafrikaner.

Auch Malawi beschäftigt südafrikanische Beamte. Aber weder Swasiland noch Botswana haben Angebote angenommen, südafrikanische Beamte einzustellen: Obwohl einige ihrer Regierungsbeamten aus Südafrika kommen, ist keiner von der Regierung der Republik abgestellt oder bestimmt worden.

Offenere Methoden der Schaffung von Satellitenstaaten auf dem Kontinent zeigten sich in der südafrikanischen militärischen Unterstützung bei der schließlich fehlgeschlagenen Sezession Katangas 1960/61 und Biafras 1969.⁵⁵⁾

Die Schlüsselfrage, die sich allen afrikanischen Staaten stellt, ist folgende: Wie würde Südafrika seine wirtschaftlichen Verbindungen ausnützen, um ihre Bewegungsfreiheit einzuengen, wenn dies im Interesse Südafrikas läge? Es ist kaum anzuzweifeln, daß Südafrika dies versuchen würde und daß dies ein wesentliches Ziel der "outward-looking" policy ist. 1963 zwang Südafrika die früheren High Commission Territorien, ihre Radiostationen nicht eher zu eröffnen, als bis sie garantierten, keine gegen Südafrika gerichtete feindliche Propaganda zu senden oder Programme nach Südafrika auszustrahlen.⁵⁶⁾

Seit 1963 zwingt Südafrika alle Flugzeuge, die von diesen Staaten aus sein Territorium

überqueren, in Südafrika zu landen und sich durchsuchen zu lassen.⁵⁷⁾ Südafrika schreibt Lesotho vor, welche Bürger das Land verlassen und welche wieder nach Hause zurückkehren dürfen.⁵⁸⁾

Südafrika hat einigen Studenten aus Lesotho die Wiedereinreise verweigert; es hat erzwungen, daß Lesotho und Botswana südafrikanische Flüchtlinge daran hindern, gegen Südafrika politisch aktiv zu werden. Botswana bedient sich seiner eigenen Polizei bei der Gefangennahme von Guerillas, die sein Gebiet durchqueren - wenn es sich auch weigert, diese Männer Südafrika auszuliefern.

Schließlich stellt sich Südafrika jedem Schritt entgegen, der die vorhandene Abhängigkeit dieser Staaten verringern könnte. So wurde z.B. der Anfang 1970 von Präsident Nixon gefaßte Beschluß, Botswana, Lesotho und Swasiland zu mehr Unabhängigkeit von der Republik zu verhelfen, von Kommentatoren der Nationalistischen Partei sehr ungnädig aufgenommen ...: Die neue amerikanische Politik "könnte von diesen Staaten als grünes Licht aufgefaßt werden, um ihre Verbindungen zu Südafrika zu lockern." "Sie wird ihnen zu einer Position verhelfen, von der aus sie sich ebenfalls den militant gegen uns gerichteten afrikanischen Staaten anschließen könnten." ⁵⁹⁾ Als Botswana ankündigte, es wolle mit amerikanischer Hilfe eine Straße und eine verbesserte Eisenbahn bauen, behauptete Südafrika plötzlich, sie hätten entdeckt, daß Botswana und Sambia keine gemeinsame Grenze haben.⁶⁰⁾

In mehr oder minder starkem Ausmaß muß die Außenpolitik dieser Staaten und Malawis den wirtschaftlichen - und das heißt politischen - Einfluß Südafrikas berücksichtigen. Das offenkundigste Beispiel ist Malawi. In der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) hat es 1969 als einziger Staat abgelehnt, für zunehmende moralische und materielle Unterstützung der Befreiungsbewegungen zu stimmen,⁶¹⁾ nachdem sich sein Abstimmungsverhalten in den Vereinten Nationen nach der Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu Südafrika grundlegend geändert hatte. Dr. Banda mißbilligte die Entscheidung des Westens, keine Waffen an Südafrika zu verkaufen und erklärte, daß weder Gewalt, Drohungen, Sanktionen noch Verurteilung von irgendwelchem Nutzen seien. Er ziehe es vor, so sagte er, die positiven Handlungen der weißen Minderheit zu beachten.⁶²⁾ 1970 trat Malawi Rechte an Südafrika ab, die der südlichen Luftwaffe erlaubten, den neuen internationalen Flughafen in Lilongwe als Militärbasis zu verwenden.⁶³⁾

Südafrika hat auch versucht, sich in innere Angelegenheiten afrikanischer Staaten einzumischen. Schon 1965 errichtete es einen Fonds von 1/2 Mio. Rand zur Unterstützung sympathisierender Elemente in anderen Staaten. Wozu dieser Fonds, der jährlich neu bewilligt wird, verwandt wird, ist bisher nicht bekanntgegeben worden. Südafrika unterstützt auch die mobile Polizeieinheit von Häuptling Jonathan finanziell und mit Transportmitteln bei der Unterdrückung der Volksopposition gegen seinen Staatsstreich, den er nach seiner Niederlage bei den allgemeinen Wahlen Anfang 1970 durchführte.

Schließlich hat Südafrika auch davor nicht zurückgeschreckt, die Souveränität afrikanischer Staaten zu verletzen. Südafrikanische Militärmaschinen haben Sambia und Tansania überflogen.⁶⁴⁾ Ein südafrikanischer Hubschrauber ist in Sambia nahe Sesheke gelandet. Südafrikanische Polizei ist nach Sambia eingefallen, und 1969 verletzten sie die Grenze Lesothos bei der Verfolgung eines vermeintlichen Viehdiebes, den sie erschossen. Der Verteidigungsminister P.W.Botha kündigte im April 1970 an, daß südafrikanische Truppen die Souveränität schwarzer Staaten mißachten würden, wenn es in ihrem militärischen Interesse läge. Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Nationalistischen Partei im Parlament, Dr. Paul van der Merwe, erklärte im März 1970, daß Südafrika Überfälle im Stile Israels nach Sambia erwäge, um angebliche Guerilla-Lager auszuheben.⁶⁵⁾ Das Grundprinzip, das hinter diesen Drohungen steht, wurde von der südafrikanischen Monatszeitschrift Africa South klar ausgesprochen: "Bestimmt wäre es sehr unklug, mit Gegenangriffen zu warten, bis die kommunistischen Terroristen in Transvaal sind. So ist eine kluge Gegenoffensive, die Regime von Malawi, Sambia, Angola und Mozambique unter Druck zu setzen, bzw. zu unterstützen, und gegebenenfalls die Schlacht ins feindliche Territorium hinauszutragen." ⁶⁶⁾

Diese Beispiele zeigen ganz offen und ungeschminkt Südafrikas Einstellung zur Souveränität afrikanischer Staaten. Es ist bereit, deren Abhängigkeit von Südafrika auf die verschiedensten Weisen auszunutzen, wenn es in seinem Interesse ist. Seine häufigen Beteuerungen, es befürworte das Prinzip der Gleichheit, geenseitigen Respekts und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, stehen im Widerspruch zu seinen Handlungen. Vorster selbst hat Südafrikas Position umrissen: "Wir sind ein Teil Afrikas, wir verstehen Afrika, und nichts wird uns daran hindern, auf jedem Gebiet die Führer Afrikas zu werden." ⁶⁷⁾

Im Grunde besteht das schwerwiegendste Argument gegen die Aufnahme wirtschaftlicher oder sonstiger Beziehungen afrikanischer Staaten zu Südafrika in der beträchtlichen Ungleichheit, die zwischen ihnen in Bezug auf ihre wirtschaftliche und militärische Macht besteht: Solche Beziehungen laufen unvermeidlich auf eine Abhängigkeit afrikanischer Staaten von Südafrika hinaus. Solche Abhängigkeit ihrerseits zieht unvermeidlich sehr ungünstige Konsequenzen für die beteiligten afrikanischen Staaten nach sich.

Anmerkungen:

- 40) Mokotso, Staatssekretär im Amt des Premierministers von Lesotho, Chief Jonathan, stellte im Juni 1970 fest, daß es eine Verschwendung wäre, wenn man die südafrikanischen Freiheitskämpfe finanziell unterstützte. (Times of Zambia vom 11.6.1970)
- 41) Financial Mail vom 3.4.1969.
- 42) Berechnet nach H. Houghton, The South African Economy, Cape Town 1967.
- 43) Diese Angaben beruhen auf Voraussagen der Chamber of Mines (Johannesburg) aus dem Jahre 1966 (Vgl. The Economist vom 29.6.1968). Die Einführung eines frei fluktuierenden Goldmarktpreises und der steigende industrielle Bedarf an Gold lassen es seitdem als möglich erscheinen, daß die südafrikanischen Einkünfte aus dem Goldverkauf in den 70er Jahren kaum fallen werden. (Vgl. Newscheck vom 20.3.1970). Welche Tendenz durchsetzen wird, läßt sich nicht mit Sicherheit vorhersagen.
- 44) A Survey of Race Relations in South Africa 1969, S. 88.
- 45) South African Financial Gazette vom 21.2.1969.
- 46) Overseas Trade Accounts of the UK. vom Juni 1969.
- 47) Annual Statement of External Trade 1967, Lusaka 1968.
- 48) Die Daten sind der Arbeit Dr. G. Leistners "Table of Interarea Trade for 1964" entnommen (vgl. Tegnikon, März 1967, S. 22). Dieses sind die letzten verfügbaren Daten.
- 49) Africa Diary, 1965, S. 2295.
- 50) The Concept of Economic co-operation in Southern Africa, University of Pretoria, 1969
- 51) A Survey of Race Relations in South Africa, 1966, S. 120.
- 52) Die Wachstumsraten sind auf der Basis der jeweiligen Preise zwischen 1964 und 1967 erstellt worden; sie sind nach den Economic Reports aus dem Jahre 1969, Lusaka 1970, berechnet worden.
- 53) A Survey of Race Relations in South Africa, 1968, S. 64.
- 54) Anti-Apartheid News, März 1970.
- 55) Sunday Telegraph (London) vom 30.11.1969.
- 56) A Survey of Race Relations in South Africa, 1963, S. 281.
- 57) A.a.O., S. 61
- 58) A.a.O., 1965, S. 78
- 59) Die Beeld vom 5.4.1970
- 60) The Observer vom 12.4.1970.
- 61) A Survey of Race Relations in South Africa, 1969, S. 78 ff.
- 62) Africa Research Bulletin-Political, Social and Cultural Series, 1.000 c (1968).

- 63) Die Beeld vom 29.3.1970.
- 64) Africa Confidential vom 15.3.1968.
- 65) Die Beeld vom 29.3.1970. Dies ist nur eine Wiederholung früherer Stellungnahmen des Verteidigungsministers P.W. Botha (vgl. z.B. The Star vom 6.4.1968).
- 66) Africa South, November 1968.
- 67) Newscheck vom 8.11.1968.

(Quelle: Robert Molteno, Africa and South Africa. The Implications of South Africa's "outward-looking" policy. London 1971. Teil II, S. 19 - 25.)

Das folgende Dokument über die Lage der Afrikaner in den Reservaten ist einem Bericht einer UN-Expertengruppe entnommen, die Verstöße gegen die Menschenrechte in Südafrika, Südrhodesien und in den portugiesischen Kolonien in Afrika zu untersuchen hatte. Er beruhte im wesentlichen auf der Analyse von Zeugenaussagen und amtlichen Veröffentlichungen. Er diente als Diskussionsgrundlage für die UN-Menschenrechtskommission.

Abgedruckt wurde es in einer Veröffentlichung des UN-Wirtschafts- und Sozialrats unter dem Kennzeichen E/CN.4./1050, 2. Febr.

Genaue Verweise auf Protokolle der Zeugenaussagen und schriftliche Erklärungen befinden sich im Originaltext und sind aus Gründen einer besseren Lesbarkeit des Textes hier ausgelassen.

ANALYSE

DER ZEUGENAUSSAGEN

a) Bürgerliche und politische Rechte der Afrikaner in den Reservaten

Hinsichtlich des Landbesitzes betonten Zeugen besonders, daß durch eine Reihe von Gesetzen, eingeschlossen den Land Act von 1913,¹⁾ eine große Zahl von Afrikanern ihres Landes und zum großen Teil auch ihres Viehs beraubt worden waren, so daß gegenwärtig, Mr. Ebrahim zufolge, die 3 Millionen Europäer etwa 87% der Gesamtfläche besaßen, während die etwa 15 Millionen Menschen, die anderen ethnischen Gruppen angehörten, nur ungefähr 13% besaßen. Mr. Ebrahim erklärte außerdem, daß nach ihm zur Verfügung stehenden Informationen weiße Farmer ungefähr 92,5 Hektar besaßen - oder 75% der gesamten Landoberfläche - wobei 68% dieser Farmen mehr als 86 Hektar umfaßten und 23,9% mehr als 860 Hektar. Im Gegensatz dazu erhielt jeder Afrikaner in den "Reservaten" ungefähr 5 Hektar; die Transkei, die 13,5 Millionen Hektar umfaßt, wird von 41% der

afrikanischen Bevölkerung bewohnt. Es wurde betont, daß nach den Ergebnissen verschiedener südafrikanischer Untersuchungskommissionen ein großer Teil des Landes in den "Reservaten" unfruchtbar ist, sogar in wüstenähnlichem Zustand, weitgehend erodiert und daher für die Kultivierung ungeeignet. Es gibt kaum Industrien oder Handelsunternehmungen in den "Reservaten". Die wenigen Regierungsprojekte, die zur Anregung der wirtschaftlichen Entwicklung in diesen Gebieten gedacht sind, sind völlig unangemessen. Unter diesen Bedingungen sind die Bewohner der "Reservate" in den allermeisten Fällen in keiner Weise in der Lage, für ihre eigenen Bedürfnisse und die ihrer Familien Sorge zu tragen. Mehreren Gewährsleuten zufolge, besonders Mr. Ebrahim, Mr. Sejake, Mr. Nokwe und Mr. Tsotsi, lief die Politik darauf hinaus, die Afrikaner verarmen zu lassen, um sie zur Aufnahme von Arbeit in den Industriegebieten - unter welchen Bedingungen auch immer - zu zwingen.

Die Arbeitsgruppe erfuhr von Mr.M.B. Yengwa, daß die Transkei, obwohl seit einigen Jahren ein Bantustan mit Selbstverwaltung, ebensowenig lebensfähig war wie bei ihrer Proklamierung, und daß es unwahrscheinlich sei, daß sie ein lebensfähiger Staat werden oder die Unabhängigkeit erlangen würde. Zu den Vorbereitungen für ein Zulu-Bantustan sagte Mr. Yengwa, dieser Plan würde gegen den Willen des Volkes verwirklicht und gegen den Willen der Häuptlinge, die wüßten, daß Zuwiderhandlungen als Opposition gegen die Regierungspolitik und "Akt der Rebellion" ausgelegt werden würden. Dr. W.Z.Conco bestätigte in seiner Erklärung, daß von Regierungsseite Druck in Richtung auf Akzeptierung eines "Zulustan" ausgeübt werde.

In einer Parlamentsdebatte über die Zukunft der "Homelands" ²⁾ sagte der stellvertretende Minister für die Bantu-Verwaltung Dr.P.Koornhof nach dem Bericht der "Rand Daily Mail" vom 16. Oktober 1970, daß Südafrika permanent die Kontrolle über die Küste jedes unabhängigen "Homelands" beibehalten werde.

b) Ökonomische Bedingungen

Das Material, das die Arbeitsgruppe insbesondere von Dr. W.Z. Conco und von den Herren Gora Ebrahim, W.M. Tsotsi, M.B. Yengwa und Rev. Michael Scott erhielt, betonte, daß die Knappheit an Land und sein erodierter Zustand die Afrikaner zwingt, Arbeit außerhalb der Reservate aufzunehmen, und es den "Homelands" unmöglich machten, sich ökonomisch selbst zu erhalten. Rev. Scott erinnerte die Arbeitsgruppe daran, daß nach den Berechnungen der Tomlinson-Kommission ³⁾, eine große Zahl von

Afrikanern, die sich gegenwärtig auf diesem Land befinden, umgesiedelt und im Rahmen seiner energischen Industrialisierungspolitik mit anderer Arbeit versehen werden müssen, um für jene Familien, die als Farmer vorgesehen waren, ausreichend Landbesitz zur Verfügung zu stellen.

Mr. Yengwa berichtete der Arbeitsgruppe von seinen Erfahrungen vom Leben im Mapumulo-Reservat in Zululand, wo die Landzuteilung gerade zum Anbau des Existenzminimums und zur Erzielung eines jährlichen Durchschnittseinkommens von 17 - 20 Pfund ausreichten. Es gab in diesem Reservat keine Industrie. Mapumulo konnte sich nicht selbst erhalten, sondern war ein Arbeitskräftereservoir für die Bergwerke und für die weißen Farmer des Distrikts. Dr. Conco wies darauf hin, daß Afrikaner in den Bantu-Homelands keine Eigentümerrechte besitzen.

Nach der Arbeitsgruppe zugänglichen Informationen hat es den Anschein, daß afrikanische Geschäftsleute Schwierigkeiten beim Kauf von Land für Geschäftsunternehmungen im Tswana-Homeland hatten, und es gab Hinweise auf das Monopol der von der Regierung eingerichteten Bantu Investment Corporation für den Handel mit Boden in den "Homelands" ("Rand Daily Mail", 13. Oktober 1970).

Der "Rand Daily Mail" vom 10. April 1970 und der "Financial Mail" vom 24. April 1970 zufolge teilte der Betriebsdirektor der "Bantu Investment Corporation" dem Exekutivrat der Landbehörde von Tswana mit, daß in den nächsten fünf Jahren 104 Mio. Rand ⁴⁾ für die Entwicklung von "Bantu-Homelands" ausgegeben würden. Von diesem Betrag würden 43 Mio. Rand verwendet werden, um die von Weißen kontrollierte Industrie zu ermuntern.

20 Mio. Rand seien für die Finanzierung afrikanischer Geschäftsleute vorgesehen. Es soll daran erinnert werden, daß die Regierung im Mai 1967 einen fünfjährigen Entwicklungsplan für die Bantustans mit einem Aufkommen von 490 Mio. Rand ankündigte. Es war zu jener Zeit deutlich, daß die tatsächlichen Ausgaben hinter die projektierte Summe zurückfielen. Während z.B. die Ausgaben für 1966 und 1967/68 insgesamt 56 Mio. Rand hätte betragen sollen, belief sich die Summe, die das Parlament sowohl aus Steuer- wie aus Anleihemitteln bewilligte, insgesamt nur auf 32,7 Mio. Rand ("Johannesburg Star", 19. Mai 1967).

Nach einem Bericht in der "Rand Daily Mail" vom 26. August 1970 verzeichnete der letzte Bericht der "Xhosa Development Corporation" für 1968 - 1969 einen Verlust von 38 000 Rand. Als "Entwicklung" kennzeichnet der Bericht Projekte wie: "Honig und Bienenwachs, Ziegel-

herstellung, Zerkleinerung von Steinen, eine Ausstattung zum Pflügen, eine Bewässerungsanlage, ein Hotel, ein Walzwerk, Handwerk, eine Gerbanlage und einen Filmvorführwagen"; als "Industrien" : Bantu-Brauereien, Weberei, Vulindela-Möbel, eine Süßigkeitenfabrik, einen Metallbetrieb und eine Bauausrüstung.

c) Beschäftigung

Die Arbeitsgruppe erfuhr von Dr. W.Z. Conco, daß wegen der andauernden Wanderungen der Männer zur Arbeit in die "weißen" Gebiete in den Reservaten hauptsächlich Frauen und Kinder übrigblieben und diese keine wirtschaftlich produktive Gruppe darstellten. Rev. Michael Scott erklärte, daß es in Tswanaland effektiv keine Arbeit für Männer oder Frauen im Reservat gäbe. Mr. Yengwa machte ähnliche Beobachtungen hinsichtlich des Mapumulo-Reservates.

Nach den der Arbeitsgruppe zugänglichen Informationen werden die Arbeitskräfte der Transkei auf der Basis einer männlichen Bevölkerung von 700 000 wie folgt geschätzt:

Dauernd auf dem Land	15%
Im arbeitsfähigen Alter	34,3%
Alte und Arbeitsunfähige	15%
Arbeitskräftepotential (manpower)	35,7% ⁵⁾

Am 30. Juni 1969, dem neuesten Datum, für das Statistiken vorliegen, betrug die Zahl der beschäftigten Afrikaner in der Transkei 42.401, und zwar in folgenden Beschäftigungssparten:

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2 117
Bergwerke und Steinbrüche	427
Handwerk	1 280
Bauwesen	1 274
Groß- und Einzelhandel	5 512
Finanzwesen	424
Private Transportunternehmen	848
Hotel- und Gaststättengewerbe	840
andere Privatbetriebe	1 695
Unternehmen der öffentlichen Hand	2 135
South African Railways	1 282
Regierungsbehörden	14 216
örtliche Behörden	1 705
halbstaatliche Organisationen	1 270
verschiedene Dienstleistungen (Hausangestellte u.a.)	7 373
	<hr/>
	42 401 ⁶⁾

Die Gesamtzahl von Afrikanern aus der Transkei, die außerhalb der Transkei beschäftigt waren, betrug 1968 155.329 ⁷⁾. Neuere Berichte, wie z.B. im "Johannesburg Star" vom 7. Oktober 1970, laufen darauf hinaus, daß die Zahl von Männern, die die Transkei verlassen, um außerhalb Arbeit zu suchen, als Folge des Versagens der Regierung, in großem Maßstabe Arbeitsmöglichkeiten im "Homeland" zu schaffen, stetig

zunimmt.

Das gesamte Bareinkommen aller Arbeiter in der Transkei betrug 1968 schätzungsweise 5.620.000 Rand, was einen Durchschnitt von jährlich 135 Rand pro Monat bedeutet. Im Vergleich dazu betrug das durchschnittliche Monats Einkommen von Wanderarbeitern aus der Transkei, die in den "weißen" Arbeitsregionen unter Vertrag standen, 18,75 Rand.⁸⁾

1969 wurden fünf Vereinbarungen zur Errichtung von Industrien in den Bantustans getroffen, die von Weißen kontrolliert werden. Drei dieser Vereinbarungen bezogen sich auf Sägemühlen, eine auf einen Steinbruch und eine auf eine Sackfabrik. Zusammen werden sie 38 Weiße und 771 Afrikaner beschäftigen.⁹⁾

d) Gesundheitswesen und Hygiene

Dr. W. Z. Conco lieferte detaillierte Informationen über dieses Thema, die vornehmlich auf seiner langen eigenen Erfahrung als praktischer Arzt in den Reservaten beruhen. Obwohl er betonte, daß in den "Bantu Homelands" Geburten und Todesfälle kaum registriert werden, stellte er fest, daß nach den verfügbaren Schätzwerten die durchschnittliche Lebenserwartung in den Reservaten ungefähr 30 bis 35 Jahre beträgt.

Dr. Conco betonte, wie auch mehrere andere Gewährsleute, die Verbreitung von Unterernährung in den Reservaten, ein Zustand, der die Widerstandsfähigkeit der Afrikaner gegenüber verschiedenen Krankheiten beträchtlich herabsetzte und sich bei den Kindern in Form der "Kwashiorkor"-Krankheit¹⁰⁾ zeigte. Nach Dr. Conco wird die Häufigkeit von Kwashiorkor offiziell mit 10.000 Fällen pro Jahr angegeben, aber die tatsächliche Häufigkeit beträgt vermutlich 50.000 bis 60.000 Fälle pro Jahr, da viele Ärzte Todesfälle nicht melden. Nach Rev. Michael Scott deuten jüngste südafrikanische Berichte darauf hin, daß in der Transkei, dem entwickeltesten der Bantustan-Gebiete, 40% der Kinder sterben, bevor sie ein Alter von 10 Jahren erreicht haben. Im "Homeland" Sekhukhuniland (Nord Sotho) sterben mindestens 50% der Kinder vor dem 5. Lebensjahr.

In seiner schriftlichen Erklärung stellte Dr. Conco fest:
"Krankheit und Unterernährung bei den Afrikanern in den sogenannten Homelands werden durch mehrere wichtige Faktoren hervorgerufen
- Armut infolge von Überbevölkerung in den Reservaten;
- Verminderung des Bestandes an Schafen, Ziegen und Rindvieh;
- Mangel an Fleisch und Milch;
- Dürren und Mißernten;
- Abwanderung von körperlich kräftigen, wirtschaftlich nützlichen Männern in die Städte,

Goldbergwerke, verarbeitende Industrien usw;
- Pflügen und Einbringen der lebensnotwendigen Ernte werden Frauen, Kindern und alten Leuten (einer Gruppe von geringerer Arbeitsproduktivität) überlassen;
- Rückkehr der Männer für einige Monate und bei Mißlingen der Ernte erneute Abwanderung, wenn sie noch leistungsfähig sind;
dies ist ein wohlbekannter Teufelskreis."

Der Gewährsmann fügte hinzu, daß die Regierung, anstatt die freiwilligen Vermittlungsstellen zu unterstützen, die sich um die Verbesserung der Ernährungslage in den Reservaten bemühen, diese behindert, indem sie Einreisevisa verweigert und den Handel in bestimmten Reservaten, wie etwa Sekhukhuniland, untersagt.

Im Hinblick auf Tuberkulose schätzte Dr. Conco, daß mindestens 2 Mio. Einwohner der Reservate von diesem Bazillus infiziert waren. Er gab ferner folgende Informationen:

"Die folgenden Zahlen wurden in dem afrikanischen Seminar der Weltgesundheits-Organisation (WHO) über Tuberkulose für 1960 genannt, die den Prozentsatz positiver Reaktionen auf den Tuberkulin-Test in den ländlichen Gebieten angeben.

Afrikaner	15-19 Jahre	50%	ländlich
Weiße	20-24 Jahre	35%)
Asiaten	20-24 Jahre	65%) städtisch
Bantu	20-24 Jahre	60%)

Als Gesamtzahl der bekanntgewordenen Tuberkulosefälle in Südafrika im Jahre 1960 wurde genannt:

Weiße	5.000
Farbige	10.000
Bantu	135.000 (gemeldete)
insgesamt	150.000

Der Anteil von Personen mit "offener TB.", die die Krankheit verbreiten können, wurde auf 10% geschätzt.

Die Zahl der in Südafrika im Jahre 1960 wegen TB. behandelten Personen betrug 100.000. Die Zahl der Unbehandelten ist unbekannt."

Dr. Conco äußerte die folgende Überzeugung:
"In Südafrika ist das Tuberkuloseproblem ein Merkmal der sozioökonomischen Bedingungen des Landes: die Abwanderung von Arbeitern in die Goldminen, das Leben unter äußerst ungesunden Bedingungen, die Erkrankung an Silikose und Tuberkulose, worauf sie für untauglich erklärt und nach Hause in die Reservate oder "Homelands" geschickt werden, um die Krankheit an Frauen und Kinder weiterzugeben."

Der Zeuge stellte die folgende Statistik zur Verfügung, die sich auf bekannt gewordene Fälle von Unterleibstypus in Südafrika beziehen:

	<u>Weiß</u>	<u>Bantu</u>	<u>Farbige</u>	<u>Asiaten</u>	<u>Insgesamt</u>
1960	108	2.000	259	20	2.387
1961	81	1.802	111	28	2.030
1962	98	2.009	120	27	2.254
1963	82	2.602	150	74	2.908
1964	74	3.027	123	19	3.243

Dr. Conco zitierte den Bericht der südafrikanischen Gesundheitsbehörde für 1964 wie folgt:

"... In den vergangenen drei Jahren hat die Anzahl der bekannt gewordenen Fälle von Unterleibstypus zugenommen. Die Zunahme fand vornehmlich bei der ländlichen Bantubevölkerung statt ... Sie zeigt sich auch in der genaueren Analyse der Zahlen von 1964 und wird auf ungünstige hygienische Bedingungen in den ländlichen Gebieten zurückgeführt ..."

Nach der Arbeitsgruppe zugänglichen Informationen gibt es nur sechzehn Ärzte in den afrikanischen "Homelands", die hauptberuflich vom Staate angestellt sind, obwohl weitere 89 aus den Provinzen zum Dienst hier abkommandiert wurden. Alle sechzehn hauptberuflich vom Staat angestellten Ärzte sind Weiß. Dr. Conco erklärte, daß sich 1967 nur elf Afrikaner als Ärzte qualifizierten, gegenüber 328 Weißen, und daß Südafrika nach Dr. Van Heerden, dem Amtsarzt von East London, 6.000 afrikanische Ärzte braucht, "um ihre eigene Rasse zu versorgen." Der Gewährsmann sagte weiter, daß in Südafrika nur ein nichtweißer Zahnarzt auf je 1.205.000 Nichtweiße im Lande kommt, und daß es 1967 9.835 registrierte afrikanische Krankenschwestern gab, gegenüber 23.415 registrierten weißen Krankenschwestern.

e) Erziehungswesen

Von 1968 bis 1969 ist die Gesamtzahl afrikanischer Schüler von 2.397.000 auf 2.552.000 gestiegen.¹¹⁾ Von den 2,5 Mio. Schülern sollen sich 1,5 Mio. in den "Homelands" befinden.¹²⁾ Die Verteilung afrikanischer Kinder in der Grundschule sieht wie folgt aus:

	<u>weiße Gebiete</u>	<u>Homelands</u>	
1959	51,41%	48,59%	
1968	42,95%	59,05%	13)

Die "Financial Mail" vom 9. Oktober 1970 zeigt, daß laut Analyse der Schulkinder-Population nach Klassen die Quoten der Schulabgänger extrem hoch sind. 95% der afrikanischen Kinder verlassen die Schule in der 6. Klasse oder vorher. Der Anteil derjenigen, die die Schule nach einem Jahr Unterricht wieder verlassen, von ungefähr 25%, ist zwölf Jahre lang fast konstant geblieben. Es folgen die genauen Statistiken:

Zahl der in den Bantu-Schulen eingeschriebenen Schüler am 1. Juni 1969

untere Volksschulklassen	1.503.528
obere Volksschulklassen	551.040
untere Oberschulklassen	82.634
obere Oberschulklassen	6.112

Die afrikanische Erziehung wird ernsthaft beeinträchtigt durch den Mangel an afrikanischen Lehrern, die niedrige Qualifikation vieler Lehrer in afrikanischen Schulen und das niedrige Gehalt, das sie bekommen. Man hat geschätzt, daß 45.000 Lehrer die Arbeit von 73.000 tun.¹⁴⁾ Von der Gesamtzahl von 36.091 afrikanischen Lehrern haben 6.991 oder annähernd einer von fünf eine Qualifikation, die Standard 8 oder 10 nicht übersteigt.¹⁵⁾ Das Gehalt für männliche unausgebildete Lehrer beträgt 35 Rand monatlich, das für weibliche unausgebildete Lehrer 25 Rand monatlich.¹⁶⁾

Während der Zugang zu den afrikanischen Schulen sich in dem Jahrzehnt seit der Einführung des Bantu-Unterrichts praktisch verdoppelt hatte, stellte die "Rand Daily Mail" vom 27. Juli 1970 unter Berufung auf den jährlichen Bericht des Ministeriums für Bantu-Erziehung fest, daß die verfügbaren Mittel nur um 40% gestiegen waren; und selbst diese Zunahme war nur durch verstärkte Beiträge durch das afrikanische Volk selbst möglich geworden. Der Pro-Kopf-Aufwand betrug für einen afrikanischen Grundschüler 1968 13,55 Rand, für einen Oberschüler 55 Rand. Die Kosten für Grund- und Oberschüler betragen in der Transkei pro Kopf und Jahr 13,89 Rand bzw. 83,38 Rand.¹⁷⁾ Das durchschnittliche nationale Aufkommen für ein afrikanisches Kind beträgt ein Sechzehntel dessen, was im Durchschnitt für ein weißes Kind aufgebracht wird; und dieser Anteil ist niedriger als jemals in Südafrika seit 1910.¹⁸⁾

Das für Erziehung zuständige Ratsmitglied für die Tswana-Behörde äußerte kürzlich nach einem Bericht der "Rand Daily Mail" vom 26. Mai 1970, daß dort Mangel an Schulen, Möbeln und Büchern herrschte und daß 900 Lehrer privat bezahlt wurden, weil das Erziehungsministerium von Tswana keine Mittel hatte.

Anmerkungen:

- 1) "Native Land Act" siehe Zusammenstellung der Apartheidgesetze in diesem Heft S.
- 2) "Homelands" = Reservate
- 3) Tomlinson-Kommission: 1950 von der Regierung eingesetzte Kommission zur Untersuchung des sozialökonomischen Entwicklungsstandes der Eingeborenenreservate. 1954 legte sie einen umfangreichen Bericht vor.

- 4) 1 Rand = 5,12 DM
- 5) Statistical Labour Report, Transkei Department of the Interior, 1967/68
- 6) Erklärung des Ministers of Bantu Administration and Development, House of Assembly, 20. Feb. 1970.
- 7) Statistical Labour Report, Transkei Department of the Interior, 1967/68
- 8) Statistical Labour Report, Transkei Department of The Interior, 1967/68
- 9) Erklärung des Minister of Bantu Administration and Development, House of Assembly Debates, 6. Febr. 1970
- 10) Kwashiorkor (oder Kwaschiorkor) ist eine Form von Nahrungs-Eiweißmangel. Sie trägt entscheidend zur Erschwerung der Wundheilung sowie zur Herabsetzung der Widerstandsfähigkeit gegen Infektionen bei. Die Säuglings- und Kindersterblichkeit ist hoch. Kwashiorkor ist eine tödliche Erkrankung, die Kinder nach der Entwöhnung befällt. Sie verursacht Degeneration von Leber, Bauchspeicheldrüse und Gedärmen, führt zu Ödemen und schließlich zum Tode. (Vgl. Steven Rose, Gefahr aus der Retorte, Olten 1969, S. 86).
- 11) House of Assembly Debates, 8. Sept. 1970, col. 3.682
- 12) a.a.O.
- 13) a.a.O., col.3.671
- 14) a.a.O., col.3.688
- 15) a.a.O., 11. Sept. 1970, col.3.926
- 16) a.a.O., 14. Aug. 1970, col.1.740
- 17) a.a.O., col.1.737
- 18) a.a.O., 8. Sept. 1970, col.3.668

(Quelle: United Nations Economic and Social Council, Report of the Ad-Hoc Working Group of Experts Prepared in Accordance with Resolution 21 (XXV) of the Commission on Human Rights, (Aktenzeichen: E/ON. 4/1050) New York 1971, S. 48-57)

TÜRKEI

Nach dem Sturz der türkischen Regierung am 12.3.1971 durch Militärs nehmen die Verfolgungen und der Terror gegen die linksoppositionellen Kräfte im Lande ständig zu. Die letzten Todesurteile geben ein deutliches Zeugnis dafür, wie wenig das jetzige Regime gewillt ist, allgemeindemokratische Forderungen zu verwirklichen.

Die nachfolgende Kurzanalyse von Yakub Demir versucht die Hintergründe, die zu den Ereignissen am 12. März geführt haben, aufzuzeigen. Die einzige Möglichkeit, diese Krise zu überwinden und allgemeindemokratische Zustände zu erkämpfen, sieht die KPT in einem breiten Bündnis aller fortschrittlichen Kräfte unter der Führung der Arbeiterklasse gegen das jetzige Terrorregime.

Yakub Demir ist der 1. Sekretär der KPT, die seit 50 Jahren in der Illegalität arbeitet.

YAKUB DEMIR:

DIE BÜRDE DER ABHÄNGIGKEIT VOM IMPERIALISMUS

Das gesamte ökonomische und politische Leben der Türkei von heute entwickelt sich im Zeichen der Zusammenarbeit der herrschenden Kreise mit dem Imperialismus, was der Wirtschaft schweren Schaden zufügte und zufügt, sich nachteilig auf die Lage fast aller Klassen und Schichten der türkischen Gesellschaft auswirkt und eine der wichtigsten Ursachen für soziale und politische Krisen ist.

Die wirtschaftliche Lage der Türkei verschlechtert sich immer mehr. Die Verschuldung des Staates, die sich noch vor kurzem auf 41 Md. Lire belief, erreichte nach der Geldabwertung zusammen mit den Zinsen für die Anleihen 72 Md. Lire. Nach offiziellen Angaben macht das Budgetdefizit des vergangenen Finanzjahres 3,5 Md. Lire, nach inoffiziellen Informationen hingegen 5 Md. Lire aus. Schuld daran sind die ständig steigenden Ausgaben der Regierung für militärische Zwecke. Diese haben die Werktätigen zu bezahlen. Das Steueraufkommen für das Budget erreichte 1970 2 Md. Lire.

Bis zum Jahre 1947, d.h. bevor die Türkei amerikanische "Hilfe" angenommen hatte, überstieg der türkische Export den Import. In den darauffolgenden Jahren hingegen war der Import ständig größer als der Export. Im vergangenen Jahr machte das Defizit der Außenhandelsbilanz, nach offiziellen Angaben, 278 Mill. Dollar aus. Die Türkei mußte rund 200 Mill. Dollar allein als Zinsendienst für Anleihen aufbringen. Wie der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Karaosmanoglu, feststellte, wurden in den Jahren 1967-1970 112,9 Mill. Dollar Auslandskapital in die Türkei eingeführt. Im gleichen Zeitraum brachten ausländische Gesellschaften Profite in Höhe von 121,9 Mill. Dollar aus dem Lande. Das sind nur einige Fakten, die von den verhängnisvollen Folgen der amerikanischen und sonstiger imperialistischer "Hilfe" für unser Land zeugen.

Die imperialistischen Monopole haben sich der Schlüsselzweige der Industrie bemächtigt: der Erdölförderung und der Raffinerien, der Hüttenindustrie, der chemischen und elektrotechnischen Industrie usw. Die Konkurrenz der ausländischen Gesellschaften untergräbt die Grundlagen der nationalen Industrie, verunstaltet die gesamte Wirtschaftsstruktur und wirkt sich auch auf die Landwirtschaft verhängnisvoll aus.

Der Imperialismus fügt unserer nationalen Kultur, die jahrhundertalte Traditionen besitzt, der Wissenschaft und dem Bildungswesen schwersten

chaden zu. In der Türkei werden fast ausschließlich amerikanische und westdeutsche Filme gezeigt, die Gewalt, Haß, Gangstertum und Rassismus züchten. Und die Behörden haben nichts dagegen. Dafür veranstalten sie, wie von einem (ausländischen) Taktstock gelenkt, mit Hilfe der Massenmedien unverantwortliche politische Kampagnen des "Kampfes gegen den Kommunismus".

Unsere Wissenschaft und Kultur machen die schwerste Zeit ihrer Geschichte durch. Die Intelligenz leidet Not und ist gezwungen, auf der Suche nach Arbeit das Land zu verlassen. Tausende Lehrer sind z.B., um der Not zu entinnen, als ungelern-te Arbeiter nach Westdeutschland gegangen. Und dabei gibt es in unserem Lande hunderttausende Analphabeten, die Schulen und Lehrer reichen nicht aus. Das nationale Theater, die nationale Literatur und Musik - das gesamte geistige Leben des Volkes, wird erbarmungslos verkrüppelt, es wird verstärkt den Bedürfnissen der unkontrolliert schaltenden und waltenden ausländischen und nationalen Monopole angepaßt.

Alle diese Tatsachen zeugen davon, daß der Imperialismus der Hauptfeind des türkischen Volkes ist. Der Hauptwiderspruch der türkischen Gesellschaft ist daher der Widerspruch zwischen dem Volk einerseits und dem Imperialismus und einer Handvoll Vertreter des einheimischen Großkapitals und der Gütebesitzer, die eine proimperialistische Politik betreiben und die Interessen des Landes verraten, andererseits. Heute hat sich dieser Widerspruch in höchstem Maße verschärft.

Die Arbeiterklasse - die führende Kraft des antiimperialistischen Kampfes

Breit entfaltet haben sich die Aktionen der Arbeiter, Bauern, Angestellten, der Jugendlichen und Studenten, der Intelligenz und der patriotischen Kreise der Armee, die die Beseitigung der imperialistischen Herrschaft, die Durchführung grundlegender sozialökonomischer Umgestaltungen und die Demokratisierung der Gesellschaft fordern. Sie nehmen auf das Leben des Landes immer größeren Einfluß.

An der Spitze der antiimperialistischen, allgemeindemokratischen Bewegung steht das Proletariat mit mehr als 3 Millionen Menschen, was rund 23-25 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung ausmacht. Das Niveau des Klassenbewußtseins des türkischen Proletariats erhöht sich, stärker wird sein Streben nach Einheit und Organisiertheit. Mehr als 1,2 Millionen Arbeiter sind Mitglieder von Gewerkschaften oder anderen Arbeiterorganisationen.

Die Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse in Landwirtschaft und Industrie sowie der durch sie verursachte Massenruin von Bauern und hunderttausenden Kleinproduzenten und -unternehmern haben auch eine latente Arbeitslosigkeit entste-

hen lassen - rund 5 Millionen Halbproletarier und Arme in Stadt und Land. Ihre Reihen wachsen ständig. Trotz der Massenabwanderung von Werktätigen nach Westdeutschland, Holland, Österreich, Belgien und anderen entwickelten kapitalistischen Ländern (im Jahre 1970 waren mehr als 500 000 türkische Arbeiter im Ausland), werden bei uns, selbst nach offiziellen Angaben, 500 000 Arbeitslose gezählt (nach Pressemeldungen - rund 2 Millionen).

Die Lage der Arbeiterklasse der Türkei ist wahrhaft tragisch. Die Löhne decken nicht mehr als 25-30 Prozent des offiziellen (zu niedrig angesetzten) Existenzminimums einer durchschnittlichen Familie. Allein im Jahre 1970 sind die Preise für Konsumgüter um 45 Prozent gestiegen.

Der Kampf des Proletariats für seine Rechte nimmt zu. Nach der Entlarvung der "Türk-Is"-Führung sind Dutzende von Organisationen aus diesem gelben Gewerkschaftsverband ausgetreten und haben die Konföderation der fortschrittlichen Arbeitergewerkschaften (Devrimci Iscileri Sendikasi Konfederasyonu - DISK) geschaffen, die heute ein Drittel der organisierten Arbeiter zusammenschließt. In den ersten Tagen der Klassenkämpfe im Juni 1970, bei denen mehr als 100 Teilnehmer ermordet oder verletzt wurden, legten auf einen Appell der DISK hin rund 100 000 Arbeiter von 113 Betrieben, darunter solcher Großbetriebe, wie des Stambuler Stahlwerks, der Fabriken Sungular, Otosan, Rabak, Phillips, Grundig und Vini-lax, die Arbeit nieder und gingen aus Protest gegen die Repressalien auf die Straße. Im zweiten Halbjahr 1970 ging eine Streikwelle durch die Betriebe der Hütten-, Erdöl-, Textil-, Zucker-, Nahrungsmittel- und chemischen Industrie wie auch anderer Industriezweige.

Ein Merkmal der Arbeiterbewegung in der heutigen Türkei besteht darin, daß sie nicht isoliert ist, die von ihr erhobenen Forderungen entsprechen den Interessen aller Werktätigen und demokratischen Volksschichten. Die türkische Arbeiterklasse ist jene reale Kraft, die die fortschrittlichen Kräfte der Gesellschaft zum Kampf gegen den Imperialismus und die innere Reaktion zusammenschließen vermag. Die Arbeiterbewegung erhöht die Aktivität der demokratischen Schichten der türkischen Gesellschaft, verleiht ihren Aktionen politischen Charakter. Sie findet immer häufiger die Unterstützung der Bauernschaft, der Handwerker, der fortschrittlichen Kreise der Jugend, der Intelligenz, der Studenten und der patriotisch gesinnten Angehörigen der Armee. Man kann behaupten, daß die demokratischen Volksschichten die sozialen Erscheinungen immer klarer einzuschätzen, sich auf den Standpunkt der Arbeiterklasse zu stellen beginnen. Immer offensichtlicher wird, daß der Sieg über die Reaktion nur in engem Bündnis und im Zusammenwirken mit der Arbeiterklasse, bei deren führender Rolle, möglich ist.

Daß die Arbeiterklasse im antiimperialistischen Kampf, im Kampf für allgemeindemokratische Umgestaltungen der Hegemon ist - dieser Gedanke beginnt auch in das Bewußtsein einiger Vertreter der nationalen Bourgeoisie, besonders der kleinbürgerlichen Elemente, zu dringen.

Die einheimischen Monopole schmälern im Verein mit dem Auslandskapital in jeder Weise die Interessen der zahlenmäßig starken kleinen und mittleren Bourgeoisie, deren Lage sich ohnehin durch den krisenhaften Zustand der Wirtschaft verschlechtert. Dem Bericht des Verbandes der Handels- und Industriekammern der Türkei zufolge hat man 1969 mehr als 658 000 Wechsel zu Protest gehen lassen, 101 Handelsfirmen machten Bankrott und 64 Firmen lösten sich selbst auf. Etwa 3 Prozent der privatkapitalistischen Unternehmen eigneten sich mehr als 80 Prozent aller Profite an. Nach offiziellen Angaben ist in den Jahren 1965-1969 die Zahl der türkischen Millionäre (mit einem persönlichen Jahreseinkommen von mindestens 1 Mill. Lire) von 215 auf 245 und die Summe ihrer Einkünfte von 287,8 auf 605,8 Mill. Lire angewachsen. Die Rechtsungleichheit der verschiedenen Schichten der Bourgeoisie löst in ihren Reihen heftige Widersprüche aus.

Heute können sich die Handwerker, die Mittelschichten und die in die Millionen gehende Bauernschaft nur im gemeinsamen Kampf für ihre ökonomischen und politischen Rechte von der wachsenden Unterdrückung durch das Großkapital, die türkischen und ausländischen Monopole sowie die Großgrundbesitzer befreien. Die entstandenen objektiven Bedingungen erfordern die Aktionseinheit nicht nur der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft - der erbarmungslos ausgebeuteten Hauptklassen der türkischen Gesellschaft -, sondern auch eines Teils der nationalen (kleinen und mittleren) Bourgeoisie und Kleinproduzenten in Stadt und Land.

Zu beachten ist aber, daß es unter den linken Strömungen der Türkei nicht nur Organisationen gibt, die auf dem Boden des Marxismus-Leninismus, des wahren Internationalismus stehen, sich an die strategische und taktische Linie der kommunistischen Weltbewegung halten und die gemeinsamen Aufgaben des weltweiten antiimperialistischen Kampfes berücksichtigen. Es existieren auch kleinbürgerliche radikale Strömungen und Richtungen verschiedener Schattierung bis hin zu Extremisten und Anhängern vom Wunschdenken bestimmter Aktionen. Letztere schaden meistens nur dem wahrhaft revolutionären Kampf. In der Türkei gibt es ferner "linke" nationalistische Strömungen, die den Klassenkampf negieren oder die Bauernschaft als die revolutionäre Hauptkraft betrachten; hier wirken auch die Anhänger des "islamischen", "türkischen" und "Volkssozialismus". Dennoch wird der Zusammenschluß der antiimperialistischen Kräfte unter der Führung der Arbei-

terklasse von Tag zu Tag ein immer realerer Faktor im politischen Leben des Landes.

Der sich beschleunigende Prozeß der Veränderungen im Verhältnis der Klassenkräfte und der Polarisierung des politischen Lebens hat in letzter Zeit in der Türkei eine offen antiimperialistische Richtung eingeschlagen. Das konnte dem herrschenden Block der Großbourgeoisie und Gutsbesitzer wie auch den ausländischen Imperialisten, besonders der USA und der NATO-Länder, natürlich nicht gleichgültig sein. Die Repressalien gegen die Arbeiterklasse, gegen alle fortschrittlichen Kräfte verstärkten sich. Zugleich wurden die terroristischen Gruppen und die "Gesellschaften zum Kampf gegen den Kommunismus", im ganzen Lande mit Wissen und Unterstützung der reaktionären Kreise organisiert, aktiv. Doch das brachte nicht die gewünschten Ergebnisse: Die Aktionen der Arbeiter dauerten an, die antiimperialistische Bewegung der Massen wurde breiter, auch in der Armee wuchs die Unzufriedenheit. Die Bauern, die die Hoffnung auf die lang ersehnte Agrarreform aufgegeben hatten, versuchten hier und da, sich mit Gewalt Ländereien zu bemächtigen. Die Lage des herrschenden Regimes wurde höchst unsicher. Zudem büßte die Regierung die Unterstützung durch ihre gespaltene Partei und die parlamentarische Mehrheit ein. In dieser Situation entschloß sich die türkische Reaktion mit Zustimmung der Imperialisten, die Ergebnisse der langfristigen Maßnahmen der Regierung Demirel, mit denen die demokratische Bewegung zerschlagen werden sollte nicht erst abzuwarten. Die parlamentarische Form wurde verworfen. In das Rampenlicht des politischen Lebens trat die Generalität, die am 12. März 1971 die Regierung der Gerechtigkeitspartei stürzte.

Politische Krise

In dem Memorandum vom 12. März warf die oberste Armeeführung der Regierung S. Demirel vor, sie habe "die Hoffnung der Öffentlichkeit zunichte gemacht, ein Zivilisationsniveau zu erreichen, das zu erreichen wir von Atatürk verpflichtet wurden". Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Karaosmanoglu betonte in einer seiner ersten Erklärungen, daß die Türkei bei ihrem jetzigen Entwicklungstempo und Bevölkerungswachstum 2359 Jahre benötige, um das Verbrauchsniveau der EWG-Länder zu erreichen. Die Verfasser des Memorandums suchten den Eindruck zu erwecken, als teilten sie die Unzufriedenheit, die sich bei den Volksmassen und in der Armee, vor allem unter den Soldaten und Unteroffizieren, gegen die Regierung Demirel angesammelt hatte. Nach ihren Worten "hatten Parlament und Regierung das Land mit ihrer Haltung, ihren Ansichten und Maßnahmen zur Anarchie, zum Bruderkrieg, zu sozialen und wirtschaftlichen Erschütterungen geführt... Sie haben die von der Verfassung vorgesehenen Reformen nicht durchgeführt".

Die Generäle forderten die Bildung einer "starken" Zivilregierung, die "die in der Verfassung vorgesehenen Reformen im Geiste Kemal Atatürks verwirklichen wird". Das zu einer politischen Fiktion gewordene Parlament blieb als demokratischer Deckmantel bestehen. In dem dem Präsidenten überreichten zweiten Memorandum forderten sie die Abänderung des Abschnittes der Verfassung "Über die Grundrechte und -pflichten des Menschen". Die Generäle begründeten ihre Forderung mit der Notwendigkeit des Kampfes gegen die "anarchistischen" und "extremistischen" rechten und linken Bewegungen. In Wirklichkeit setzten sie sich für die Aufhebung der Rechte ein, die die bürgerliche Demokratie den Werktätigen - und sei es nur formal - gewährt hat. Sie erachteten es für notwendig, das Wahlgesetz abzuändern, um die des Lesens und Schreibens unkundige Bevölkerung der Möglichkeit der Teilnahme an der Wahl zu berauben. Falls diese Forderungen nicht erfüllt werden, drohten die Generäle, wird das zur direkten und offenen Militärdiktatur führen. Das Parlament nahm das Ultimatum an.

Die Forderung nach Reformen, die die oberste Armeeführung während der Ereignisse vom 12. März zur Tarnung ihrer wahren Ziele in den Vordergrund gerückt hatte, brachte die bürgerlich-gutsbesitzerliche Oberschicht zunächst in Verwirrung. Bei einigen fortschrittlichen Kreisen der Intelligenz, denen der antidemokratische Kurs der Regierung Demirel Sorge bereitet hatte, weckte die er Punkt des Memorandums der Generäle einige Hoffnungen. Die Entwicklung der Ereignisse öffnete jedoch ihnen wie auch vielen anderen die Augen. Bereits kurz nach dem 12. März äußerten sich die Führer des neuen Regimes offen über die Gründe, aus denen mit der Regierung Demirel Schluß gemacht worden war: Sie hatte sich als außerstande erwiesen, die Politik der NATO, der USA und der einheimischen monopolistischen Kreise effektiv durchzuführen. "Wir waren überzeugt", erklärte der türkische Multimillionär Vehbi Koc, "daß die Gerechtigkeitspartei dem Lande Stabilität bringen und sich seine Entwicklung beschleunigen würde, aber unsere Überzeugung erwies sich als falsch. Die Regierung Demirel vermochte erstens die Aktionen vom 16. Juni¹⁾ nicht zu unterdrücken; zweitens brachten die den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes nicht entsprechenden Forderungen der Arbeitergewerkschaften für die Industrie ernste Probleme mit sich, und drittens versetzte der ständige Kampf zwischen den rechten und den linken Kräften das Land in einen bedrohlichen Zustand."

In dem Programm der von Nihat Erim geleiteten neuen Regierung wie auch in dem Memorandum der Generäle ist von den "verfassungsmäßigen Reformen" die Rede: der Agrarreform, der Reform des nationalen Bildungswesens, des Steuersystems u.a. Bevor die Regierung jedoch Reformen in Angriff nimmt, will sie eine Reihe von Maßnahmen treffen, die gegen die antiimperialistische und die

Arbeiterbewegung gerichtet sind und die die imperialistischen Staaten, die ausländischen und türkischen Monopole schon seit langem fordern.

Auf einer Pressekonferenz für ausländische Journalisten, die kurz nach der Ernennung Nihat Erims zum Ministerpräsidenten stattfand, erklärte dieser, er halte die türkische Verfassung für liberaler als manche europäische und die Türkei könne sich einen solchen "Luxus" nicht leisten. Das neue Regime erklärte, die Regierung werde den Kampf der Massen für demokratische Grundrechte als "subversive Tätigkeit" ansehen, die auf die "Untergrabung der öffentlichen Ordnung" und die "Spaltung des Landes und der Nation" abziele. Die Regierung griff in großem Umfang zu rigorosen Repressivmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk und verhängte nahezu über das ganze Land den Ausnahmezustand. Unter Arbeitern, Jugendlichen, Angehörigen der nationalen Minderheiten und fortschrittlichen Schriftstellern und Journalisten gab es Verhaftungen, demokratische Organisationen wurden verboten und hunderte kurdischer Dörfer von Truppen besetzt. Gleichzeitig erhielten die reaktionären terroristischen Organisationen, die wahre Quelle für Unruhe und Anarchie - z.B. die "Gesellschaften zum Kampf gegen den Kommunismus" -, völlig freie Hand. Es wurde absolut klar, daß das Hauptziel der "Bewegung des 12. März" und des "neuen" Programms der herrschenden Kreise der Türkei darin besteht, den werktätigen Massen den Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen unmöglich zu machen und die Entwicklung und Festigung des antiimperialistischen, antimonopolistischen und antifeudalen Bündnisses der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte zu verhindern. Insgesamt formulierten die herrschenden Kreise, die das wirtschaftliche und politische Leben der Türkei bestimmen, ihr Programm (in der erwähnten Erklärung Karaosmanoglus) als das Bestreben, "das Land auf den wirtschaftlichen und technischen Stand der entwickelten Länder zu heben". Das wollen sie auf dem kapitalistischen Weg erreichen. Davon leiten sie auch die "Notwendigkeit" der Zusammenarbeit mit den imperialistischen Staaten ab. Die Regierung Erim hat es - anders als ihre Vorgänger - nicht für notwendig gehalten, ihre außenpolitische Orientierung zu verschleiern. Wie einige bürgerliche Journalisten betonen, sucht sie in der Frage der Festigung des Bündnisses mit dem westlichen Imperialismus, die Regierung Demirel zu übertrumpfen. Erim sieht in dem Nordatlantikkpakt eine zuverlässige Garantie für die äußere Sicherheit der Türkei, und das, obwohl dessen auf die Schürung eines neuen Weltkrieges und folglich auch gegen die Sicherheit der Türkei gerichtete Aggressivität bereits seit langem allgemein bekannt ist. Auch die Haltung der Regierung in der Zypern-Frage, dargelegt im Programm und in einer Reihe persönlicher Erklärungen des Ministerpräsidenten, entspricht ganz und gar der imperialistischen Politik. Die einheimische industrielle Großbourgeoisie

nahm das Programm der Regierung Erim mit Befriedigung auf. Ihre Vertreter erklärten, daß sie den neuen Kurs voll unterstützen. Entsprechende Appelle ergingen von den Vorständen des Türkischen Verbandes der Handelskammern, der Industriekammern und der Handelsbörsen.

Bei den patriotischen Kräften, denen die Geschichte des Landes aufrichtige Sorgen bereiten, löste das Regierungsprogramm Enttäuschung aus. Der Generalsekretär der größten oppositionellen Partei, der Republikanischen Volkspartei (im Parlament mit 141 Abgeordneten vertreten), Bülent Ecevit, legte aus Protest seine Funktion nieder, als der Generalvorsitzende der Partei, Ismet İnönü, die Kandidatur Nihat Erim für das Amt des Ministerpräsidenten befürwortete. Nach Ecevits Meinung ist die "Bewegung des 12. März" die türkische Variante der faschistischen Militärdiktatur in Griechenland. Den Sturz der Regierung Demirel schätzt er als das "auf die Türkei angewandte griechische Modell" ein.

Das Programm der Regierung Nihat Erim, erklärte die Türkische Arbeiterpartei, "bringt eindeutig die Forderungen zum Ausdruck, die von den Vorsitzenden der Industriekammern Istanbuls und Izmir als Vertretern der Industriebourgeoisie und in deren Namen erhoben werden". Die Führer der Türkischen Arbeiterpartei betonten, dieses Programm verfolge das Ziel, "die werktätigen Klassen und alle demokratischen Kräfte niederzuhalten".

Nicht uninteressant ist auch die Einschätzung des Regierungsprogramms Erim durch die Zeitung "Cumhuriyet": "Dieses Programm wurde ausgearbeitet, um vor allem die kapitalistischen Länder, die NATO und den Gemeinsamen Markt zufriedenzustellen." Die Regierung, fährt die Zeitung fort, "wurde nicht gebildet, um ernsthafte Reformen durchzuführen, sondern um sie ihres Wesenskerns zu berauben und ihre Durchführung zu verhindern".

Für uns steht außer Zweifel, daß die sozialen und wirtschaftlichen Probleme unseres Landes nicht gelöst werden können, wenn der Kampf der werktätigen Massen für ihre Rechte unterdrückt wird. In keinem einzigen Land war der Faschismus das Zeichen für die Stärke der herrschenden Klasse. Das trifft auch auf die reaktionäre türkische Bourgeoisie zu.

Der antiimperialistische, demokratische Kampf tritt in unserem Lande in eine neue, noch schwierigere Phase ein.

Unter diesen Umständen hält es die Kommunistische Partei für ihre Pflicht, eine objektive Einschätzung der gegenwärtigen Etappe des Kampfes zu geben, deren konkrete Aufgaben festzulegen.

Einheit der Linkskräfte und Programm der nationalen Wiedergeburt

Die Hauptaufgabe besteht gegenwärtig darin, eine neue Taktik des antiimperialistischen Kampfes auszuarbeiten. Die Rolle der Arbeiterklasse ist zu erhöhen, die politische Aktivität der breiten Massen, ihr Zusammenschluß in der Bewegung für die Beseitigung der Herrschaft des Imperialismus,

die Durchführung grundlegender sozialökonomischer Umgestaltungen, die Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens sind zu verstärken. Dieser Kampf kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Einheit der fortschrittlichen Kräfte hergestellt wird, wenn ihre Anstrengungen auf die Durchsetzung allgemeindemokratischer, den Lebensinteressen der Nation entsprechender Ziele konzentriert werden.

Die Idee der Einheit der Linkskräfte ist nicht neu, die türkischen Kommunisten haben sie in ihrer 50jährigen Tätigkeit vorgebracht und propagiert. Der gegenwärtige Augenblick unterscheidet sich dadurch, daß sich diese Idee immer mehr der Massen bemächtigt. Heute begreifen alle mehr oder weniger, daß die Aktionseinheit gegen Imperialismus und Reaktion eine Lebensnotwendigkeit und unbedingte Voraussetzung für den Erfolg im Kampf um die Wiederherstellung der nationalen Unabhängigkeit der Türkei, um sozialen Fortschritt ist.

Die ganze Geschichte der türkischen Arbeiterbewegung bestätigt, daß das Proletariat seine historischen Aufgaben nur unter Führung einer marxistisch-leninistischen Partei lösen kann. Nur durch die Verwirklichung des von dieser Partei unterbreiteten Programms kann man sich von der imperialistischen Abhängigkeit befreien und die Unterdrückung durch die Reaktion beseitigen; nur unter Führung einer solchen Partei kann die wahre Volksmacht errichtet, können der wirtschaftlichen und politischen Wiedergeburt des Landes die Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden. Es wird nicht von allen und nicht immer verstanden, auf welcher Grundlage, mit welchen Mitteln und Methoden die reale Einheit der Linkskräfte hergestellt, die nationale Front der demokratischen Parteien und Gruppen geschaffen werden kann und diese zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind mobilisiert werden können. Die Antwort auf diese Frage ist lebenswichtig. Unseres Erachtens kann man die Linkskräfte zusammenschließen, wenn man in sie die richtige Auffassung von den Zielen des Kampfes hineinträgt, ihre gemeinsamen Aktionen koordiniert, die Aktionen einiger linkssektiererischer Organisationen als falsch enthüllt und die ultrarechten wie ultralinken nationalistischen Gruppen, Antikommunisten und Antisowjetisten isoliert und entlarvt. Gleichzeitig muß das besondere Augenmerk der Entlarvung der Agentur des Imperialismus gelten, die die revolutionäre und demokratische Bewegung zu spalten sucht. All das erfordert bestimmte organisatorische Maßnahmen. Das von unserer Partei schon vor 50 Jahren unterbreitete Programm der sozialökonomischen Erneuerung der türkischen Gesellschaft bleibt in seiner Grundlage unverändert. Zugleich dürfen die gewaltigen Veränderungen, die in der Welt inzwischen vor sich gegangen sind und die innere Lage der Türkei, das Verhältnis der Klassenkräfte im Lande und die Politik seiner herrschenden Kreise in bestimmter Weise beeinflußt haben, nicht außer acht gelassen werden.

Ausgehend von der Analyse der sozialökonomischen und politischen Lage der heutigen Türkei, ist

die KP der Türkei der Ansicht, daß sich das Programm der Linkskräfte auf folgende Grundprinzipien gründen muß.

Die vor dem türkischen Volk stehende Hauptaufgabe ist die Wiederherstellung der Souveränität des Heimatlandes. Das setzt voraus: die Annullierung aller die nationale Unabhängigkeit schmälernenden Abkommen mit den imperialistischen Mächten; die Auflösung aller ausländischen Militärstützpunkte auf türkischem Territorium; den Abzug des ausländischen Militärpersonals aus dem Lande; die Herstellung und Wahrung strikter Neutralität, die Durchführung einer Politik der Zusammenarbeit und des Friedens mit allen Völkern; die aktive Unterstützung aller Aktionen zur Verhütung eines Krieges, zur Abrüstung und zur Sicherung eines dauerhaften Friedens.

Dem Auslandskapital muß die Möglichkeit genommen werden, das türkische Volk auszubeuten. Daher muß verhindert werden, daß die imperialistischen Mächte unkontrolliert über die Reichtümer der Nation verfügen; sämtliche ausländischen Unternehmen und Kapitalien sind zu verstaatlichen und in die Hände eines demokratischen Staates zu übergeben; die nationale Industrie und die Landwirtschaft müssen von der Bürde der ungleichen Konkurrenz mit dem Auslandskapital im eigenen Lande befreit werden. Die amerikanischen, westdeutschen, englischen, französischen und italienischen Imperialisten müssen den durch langjährige Ausplünderung des Volkes und der Naturschätze des Landes angerichteten Schaden ersetzen. Die ökonomischen und politischen Positionen der imperialistischen Agenturen in der Türkei sind zu beseitigen. Das erfordert die Verstaatlichung aller Privatbanken (vor allem des wichtigsten einheimischen Monopols - der Türkiye İsbankası A.S.), des Versicherungswesens, des nationalen Groß- und des Außenhandels, der großen privaten und halbstaatlichen Gesellschaften und Unternehmen.

Von den sozialökonomischen Maßnahmen stehen an erster Stelle: Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Erhöhung der Löhne der Werktätigen auf ein dem gegenwärtigen Lebensstandard entsprechendes Niveau, Einführung unentgeltlicher medizinischer Hilfe, Erhöhung der Beihilfen bei Arbeitsunfähigkeit, Abschaffung des derzeitigen ungerechten Steuersystems usw. Grundlegende Agrarumgestaltungen sind zu verwirklichen: Der Grund und Boden ist zu verstaatlichen und in Volkseigentum überzuführen, der Boden ist unentgeltlich denen, die ihn bearbeiten, zu übergeben; der Großgrundbesitz und alle halbfeudalen Formen der Ausbeutung der Bauern sind abzuschaffen; die schwachen Wirtschaften sind mit Krediten, landwirtschaftlichen Geräten, Düngemitteln und Maschinen zu unterstützen; die Schulden der Bauern an die Landwirtschaftsbank, an Wucherer und Großgrundbesitzer sind zu streichen; die landwirtschaftliche Selbstverwaltung ist zu reorganisieren und Genossenschaften sind

zu gründen; umfangreiche Meliorations- und Aufzuchtungsarbeiten sind durchzuführen usw.

Der demokratische Staat muß das kleine und mittlere Unternehmertum, das Heimgewerbe und den kleinen Einzelhandel in Schutz nehmen und sie auf jede Weise durch Bereitstellung von billigen und zugänglichen Krediten, Rohstoffen, Hilfsstoffen usw. unterstützen. Auf jede Weise zu unterstützen ist auch die Genossenschaftsbewegung, die Unternehmer- und Handelsinitiative ist zu fördern, sofern sie den Interessen der Nation, der Werktätigen in Stadt und Land nicht schaden. Auf eine einseitige Außenhandelsorientierung des Landes ist zu verzichten, und mit allen Völkern sind gegenseitig vorteilhafte Handelsbeziehungen zu entwickeln.

Die Durchführung dieser Maßnahmen ist Anliegen aller türkischen Demokraten, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit. Wir meinen, daß der Augenblick gekommen ist, da die von den fortschrittlichen Parteien gestellten demokratischen Aufgaben als Grundlage für die Ausarbeitung eines einheitlichen Programms der nationalen Wiedergeburt dienen können.

Wir marxistisch-leninistischen Kämpfer der Kommunistischen Partei der Türkei sind davon überzeugt, daß die das Land erschütternden anhaltenden Krisen und deren schweren Folgen für die Werktätigen und das Land nicht eher beseitigt werden können, bis ein Programm verwirklicht wird, dessen wichtigste Leitsätze wir oben dargelegt haben. Dieses Programm schlagen wir allen antiimperialistisch gesinnten Patrioten unseres Landes, allen demokratischen Organisationen und fortschrittlichen Gruppen vor.

Die Arbeiterklasse, die werktätige Bauernschaft, die Intelligenz und die Studentenschaft dürften im Kampf für ihre Rechte neue konkrete Aufgaben stellen. Kriterium für die Richtigkeit und Notwendigkeit dieser Forderungen muß das Leben selbst sein. Die KP der Türkei stand und steht stets auf den Positionen der Wahrung der Interessen der Werktätigen, der Errichtung einer wahren Demokratie, in der das Volk selbst die notwendigen Umgestaltungen durchführen könnte. Unsere Partei wird auch künftighin die Interessen der Nation verteidigen, in den ersten Reihen der Kämpfer gegen Imperialismus und Reaktion, für Frieden und Freundschaft mit allen Völkern stehen.

Anmerkung:

- 1) Gemeint sind die machtvollen Demonstrationen des Proletariats im Jahre 1970 gegen die Einschränkung der Rechte der Arbeiter, die in blutige Auseinandersetzungen mit der Militärjunta mündeten. Die Red.

(Quelle: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 7/1971)